

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 45. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

---

Sitzungsdatum: 14. Juni 2016 / 15. Juni 2016  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.30 Uhr (14.06.2016) / 18.00 – 20.15 Uhr (15.06.2016)

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Christoph Morat  
Franziska Pausa  
Franz Vogt  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter  
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt:  
(14.06.2016) Jacqueline Misslin

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25  
18.10 Uhr 38 Anwesende = 26  
18.15 Uhr 39 Anwesende = 26

Entschuldigt:  
(15.06.2016) Elena Elser, Mario Elser, Patrick Kneubühler, Jaqueline Misslin,  
Niklaus Morat

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21  
18.10 Uhr 33 Anwesende = 22  
18.15 Uhr 34 Anwesende = 23  
18.35 Uhr 35 Anwesende = 24

---

### **Bereinigte Traktandenliste**

1. Bericht des Gemeinderates vom 16.03.2016, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.05.2016, betreffend der **Jahresrechnung 2015**  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4265 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2016, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.05.2016, betreffend **Geschäftsberichte 2015 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4264 / A
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.05.2016 betreffend **Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission an den Einwohnerrat**  
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Jean-Jacques Winter Geschäft 4284
4. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2016, sowie der Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 02.05.2016, betreffend **Reglement über die Berechnung der massgeblichen Einkommen für einkommensabhängige Gemeindebeiträge der Gemeinde Allschwil**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4278 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2016, sowie der Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 02.05.2016, betreffend **Familienergänzende Kinderbetreuung FEB**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4279 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 27.04.2016, betreffend **Gemeindeinitiative für eine faire Kompensation der EL-Entlastung (Fairness-Initiative)**  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4282

#### **Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

#### **Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

---

#### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 44 vom 18. Mai 2016**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

#### **Die Präsidentin des Einwohnerrates Allschwil**

Pascale Uccella-Klauser

---

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich begrüsse Sie sehr herzlich zur Juni-Sitzung. Wir haben zwei Sitzungen, ich erkläre das jetzt. Wir haben das im Büro besprochen. Ich weiss, dass morgen die Schweiz spielt. Ich finde das auch nicht witzig und ich werde jedes Resultat durchgeben, damit wir das immer präsent haben. Wir werden heute sicher bis und mit Traktandum 4 machen, Traktandum 5 und 6 und das Info-Fenster wird morgen sein. Im Büro war es uns wichtig, wenn das länger geht, dass wir das FEB nicht irgendwie durchkriegen. Es gibt Diskussionen, es hat viele Anträge und ich möchte das in Ruhe machen. Wir haben das im Büro so besprochen und ich hoffe, dass ihr damit einverstanden seid. Die Sitzung heute wird sicher nicht bis um 21.00 Uhr gehen. Ich schaue, wie wir das machen mit der Pause. Vielleicht machen wir zuerst die Geschäfte und setzen uns nachher noch gemütlich zusammen.

## **[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

Ich möchte mich sehr herzlich bedanken für alle, die sich angemeldet haben für den 24. Juni. Ich wünsche mir und hoffe, dass wir am 24. Juni besser Wetter haben, ansonsten müssen wir die Schwimmflügeli mitnehmen. Diejenigen, die sich noch nicht angemeldet oder nicht abgemeldet haben, wäre ich froh, wenn ihr das heute sagen könnt.

Dringliche Vorstösse gibt es keine, aber wir haben übrige Vorstösse, die lese ich kurz vor. Wir haben eine kleine Anfrage von Roland Naef, LDP-Fraktion, Turbulenzen in der Verwaltung. Wir haben auch von Roland Naef eine kleine Anfrage, Kommunikation, und nochmals zwei kleine Anfragen von Roland Naef, Umbau-Arbeiten und BDO Revisionsstelle der Gemeinde Allschwil. Wir haben ein Postulat von der FDP, Überprüfung der gemeindeeigenen Organisation der Tagesfamilien. Und es gibt ein Postulat der CVP, der Gemeinderat wird ersucht zu überprüfen, ob an der Neuwilerstrasse bei der Einmündung des Mühlegässli ein Fussgängerstreifen angebracht werden kann.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Sie wurde rechtzeitig versendet und ich frage, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt? Das ist nicht der Fall, die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

01.030      Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 16.03.2016, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 10.05.2016, betreffend der Jahresrechnung 2015  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4265 / A

---

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich möchte Sie alle herzlich zur Präsentation der Rechnung 2015 begrüssen. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert. In einem ersten Schritt werde ich das Ergebnis der Erfolgsrechnung 2015 inklusive Abweichungen zum Budget erläutern. In einem zweiten Schritt werde ich das Ergebnis der Investitionsrechnung 2015 inklusive Abweichungen zum Budget erläutern. In einem dritten Schritt werde ich kurz etwas zu den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen sagen. In einem letzten Schritt ziehe ich ein Fazit.

Die Rechnung 2015 schliesst mit einem Gewinn von CHF 322'000 ab. Budgetiert war ein Verlust von CHF 700'000. Dieses Ergebnis berücksichtigt eine zusätzliche freiwillige Abschreibung vom Pensionskassen Bilanzfehlbetrag von CHF 1'620'000. Ohne die zusätzlichen Abschreibungen hätte der Gewinn knapp CHF 1'900'000 betragen. Dieses gute Ergebnis hat verschiedene Gründe. Einerseits konnten die nicht gebundenen Ausgaben aufgrund der bereits in den Vorjahren eingeleiteten Sparmassnahmen reduziert werden und somit die Effizienz klar gesteigert werden. Andererseits sind auf der Ertragsseite mehrere periodenfremde Sachverhalte eingetreten oder enthalten. Der Landrat hat entschieden, den Gemeinden für die Entlastung des Kantons bei den Ergänzungsleistungen aufgrund der neuen im 2011 in Kraft getretenen Pflegefinanzierung für die Jahre 2011 bis 2015 eine einmalige Kompensationszahlung zu leisten. Für Allschwil macht das CHF 1'000'000 aus. Im Bereich der

---

---

Quellensteuer sind die Erträge im 2015 um mehr als CHF 1'600'000 höher als budgetiert. Das ist nicht auf einen generellen Anstieg zurückzuführen, sondern auf eine Aufarbeitung eines Veranlagungsrückstands aus den Vorjahren durch die kantonale Steuerverwaltung. Die Vorjahres-Steuereinnahmen sind um CHF 2'100'000 höher ausgefallen.

Die wesentlichen Abweichungen zum Budget: Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sind um CHF 1'639'000 höher als budgetiert. Diese massive Budgetüberschreitung ist auf die zusätzliche freiwillige Abschreibung des Pensionskassen Bilanzfehlbetrags im Umfang von CHF 1'620'000 zurückzuführen. Der Finanzaufwand ist um CHF 527'000 tiefer als budgetiert. Das ist hauptsächlich auf zwei Sachverhalte zurückzuführen. Die Investitionen im Jahr 2015 sind tiefer als budgetiert ausgefallen und somit ist die Verschuldung mit drin. Zweitens sind die Fremdkapitalzinsen unverändert tief geblieben und teilweise sogar gesunken. Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen sind um CHF 2'666'000 höher ausgefallen als budgetiert. Diese Position entspricht hauptsächlich dem Ergebnis der Spezialfinanzierungen. Da dies in sich geschlossene Rechnungen sind, wird über diese Position ein Ertragsüberschuss als Aufwand gegengebucht, dazu kommen wir später.

Der Transferaufwand liegt mit CHF 36'400'000 um CHF 1'600'000 unter dem Budget. Der Hauptgrund liegt darin, dass die Ergänzungsleistungen im Bereich Alter und IV nicht im Rahmen, wie im Budget 2015 vorgesehen, aufgeteilt wurden. Das macht einen Betrag von CHF 1'798'000 aus.

Wir kommen zum Ertrag. Der Fiskal-Ertrag ist um knapp CHF 2'200'000 besser als budgetiert ausgefallen. Das ist hauptsächlich auf Vorjahressteuereinnahmen zurückzuführen. Die Entgelte haben um CHF 1'055'000 besser als budgetiert abgeschlossen. Parkplatzeratzabgaben sind um rund CHF 124'000 höher als budgetiert ausgefallen. Die Erträge aus Baubewilligungen sind hingegen um CHF 71'000 tiefer als erwartet. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Abrechnung für die Quartierplanung Langmatten II wider Erwarten bereits im Jahr 2014 erfolgt ist. Aufgrund der personellen Aufstockung bei der KESB Leimental wurden Rückstände bei der Einforderung von Rückerstattungen im 2015 aufgeholt. Die Erträge sind um CHF 68'000 höher als budgetiert.

Im Bereich Wasser- und Abwassergebühren konnten aufgrund höherer Absatzmengen CHF 239'000 Mehrerträge generiert werden. Rückerstattung aus dem Personalbereich, das heisst Mutterschaft, Erwerb ersatzordnung usw. sind um CHF 200'000 höher als budgetiert. Ebenso sind die Rückerstattungen im Sozialhilfebereich CHF 410'000 höher als budgetiert. Die Rückerstattungen im Sozialhilfebereich können jährlich stark schwanken. Grosse Rückerstattungen resultieren insbesondere aus IV-Fällen, die durch die Gemeinde vorfinanziert wurden. Der Transferertrag ist um CHF 2'617'000 tiefer als budgetiert. Der Hauptgrund für die grosse Abweichung ist die im Rahmen der Budgetierung 2015 vorgesehene Aufteilung der Ergänzungsleistungen im Bereich Alter und IV, die im Jahr 2015 nicht umgesetzt wurde. Das erklärt eine Abweichung von CHF 1'640'000. Im Weiteren ist die Sonderlastenabgeltung Sozialhilfe im Jahr 2015 um CHF 349'000 tiefer als erwartet. Ebenfalls ist im Budget 2015 fälschlicherweise eine Rückerstattung des Kantons für Flüchtlinge im Umfang von CHF 550'000 berücksichtigt. Diese Beträge sind bereits in anderen Positionen berücksichtigt. Der ausserordentliche Ertrag betrifft einzig die einmaligen Rückerstattungen im Umfang CHF 2'000'000 der Kehrrechtverbrennungsanlage Basel für die Überschüsse der Jahre 2007 bis 2012. Dieser ausserordentliche Ertrag fliesst vollständig der Finanzierung Abfallbeseitigung zu.

Die Netto-Investitionen belaufen sich auf CHF 26'400'000. Das ist knapp CHF 17'700'000 tiefer als budgetiert. Die grosse Abweichung zum Budget ist auf verspätete Rechnungsstellung durch die Bauunternehmen für die Schule Gartenhof zurückzuführen. Der grösste Kostenblock im Budget ist der Bereich Bildung mit CHF 22'200'000, davon macht unser neues Schulhaus CHF 19'300'000 aus. Weitere grosse Investitionen im Bildungsbereich sind der Kindergarten Pestalozzi mit CHF 1'600'000 und die Sanierung Kindergarten Schlappenmatten mit CHF 800'000.

Zu den Spezialfinanzierungen. Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung schliesst im 2015 mit einem hohen Gewinn ab. Aufgrund der im Rahmen des Finanzplanes 2016 bis 2020 sich abzeichnenden Überfinanzierung hat der Gemeinderat ab 1.1.2016 mengenabhängige Wasserpreise pro Kubik von CHF 1.50 auf CHF 1.45 reduziert. Auch die Schmutzwassergebühr hat der Gemeinderat von CHF 1.25 auf CHF 1.20 gesenkt. Aufgrund der einmaligen Rückzahlung der KVA Basel im Umfang von CHF 2'000'000 für die Überschüsse aus den Jahren 2007 bis 2012 ist das Ergebnis der Spezialfinanzierung Abfall im 2015 explodiert. Auch hier hat der Gemeinderat sofort reagiert und ab 1.1.2016 die Kehrrechtgebühren gesenkt.

Wir kommen zum Fazit. Das bereinigte Ergebnis 2015. Ohne die zusätzlichen Abschreibungen des Pensionskassen Bilanzfehlbetrags wäre es ein Gewinn von CHF 1'900'000. Das gute Ergebnis ist allerdings hauptsächlich auf periodenfremde und teilweise einmalige Erträge zurückzuführen. Alle Funktionen ausser die Gesundheit, dort sind es hauptsächlich gebundene Kosten, haben besser als budgetiert abgeschlossen. Im Gesundheitsbereich hat der Gemeinderat bereits Projekte initiiert, zum Beispiel ambulant vor stationär und C-Massnahme Spitex, um Kostenzunahmen zu dämpfen bzw. die Kosten zu senken. Aufgrund der hohen Investitionstätigkeit hat die Nettoschuld von CHF 18'000'000 auf CHF 33'100'000 zugenommen. Das Eigenkapital per 31.12.2015 beträgt rund CHF 13'100'000. Somit ist ein Polster für die Herausforderungen der bevorstehenden Jahre vorhanden.

---

Ohne die periodenfremden Sachverhalte auf der Ertragsseite wäre das Ergebnis negativ ausgefallen. Ab 2016 fallen zusätzliche Kosten an. Abschreibung der Schule Gartenhof, CHF 1'300'000 netto. Erhöhung der Pflegenormkosten ab 1. Januar 2016. Zunahme Bildungskosten, zehn zusätzliche Klassen bis 2020. Zunahme der Ergänzungsleistungen, mindestens CHF 200'000 pro Jahr. Somit sind die bisherigen und laufenden Sparbemühungen nötig, um unser Ziel zu erreichen, nämlich einen kurzfristig und mittelfristig ausgeglichenen Haushalt sicherzustellen und langfristig die Verschuldung im Griff zu haben. Diese Zielsetzung stellt eine Herausforderung dar und setzt folgendes voraus. Beibehaltung der Ausgabendisziplin. Keine wesentlichen neuen gebundenen Aufwände zulassen, permanent prüfen, ob Einsparpotenzial besteht, Investitionen nur gezielt und aufgrund von einheitlicher Priorisierung, auch hinsichtlich auf die Reduktion von möglichen Folgekosten. Es wird in den kommenden Jahren Anstrengungen von allen brauchen, Gemeinderat, Verwaltung und Einwohnerrat. Packen wir es also an.

**René Imhof**, Präsident Fireko: Viel wurde bereits gesagt, deshalb halte ich mich relativ kurz. Die Fireko überprüfte stichprobenartig die ab 17. März präsentierte Rechnung 2015 von unserem Hauptabteilungsleiter Jo Hammel. Mit einem Überschuss von CHF 321'844 schliesst die Rechnung ab und übertrifft das Budget um rund CHF 1'000'000. Eigentlich wurde mit einem Defizit von CHF 700'000 gerechnet. Ohne Ausfinanzierung der Pensionskasse Baselland wäre der Überschuss gegen CHF 2'00'000 gewesen. Gründe für dieses Ergebnis liegen in der einmaligen Ergänzungsleistungs-Kompensationszahlung des Kantons von rund CHF 1'000'000, auch in der einmaligen Zunahme der Quellensteuer um rund CHF 1'600'000 sowie der höheren Vorjahressteuereinnahmen von CHF 2'100'000. Und somit um rund CHF 500'000 geringerer Zinsaufwand. Zahlungen in den horizontalen Finanzausgleich im 2015 haben CHF 8'800'000 betragen. Der Fireko fällt auf, dass in den letzten fünf Jahren die Rechnungsergebnisse deutlich besser abgeschnitten haben als budgetiert. Bei einer Rückerstattung der KVA Basel von CHF 2'000'000 resultiert ein Überschuss von circa CHF 2'100'000, sodass die Abfallvignetten gesenkt wurden. Da bei der EDV rechtliche Unstimmigkeiten möglich sind, sollte die Fireko in der neuen Zusammensetzung diese Angelegenheit in die Hand nehmen, zusammen mit der BDO. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Jérôme Mollat**, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP freuen uns natürlich über den sehr guten Abschluss. Wir möchten ein paar Punkte dazu anmerken. Es fällt uns auf, dass in der vergangenen Jahren jeweils tief gestapelt wurde bei den Erträgen, was erfreulicherweise immer dazu führt, dass an deutlich bessere Abschlüsse hat als prognostiziert. Das darf nicht dazu führen, dass wir in Zukunft sagen, dass wir die Sparanstrengungen mindern, weil wir immer von guten Abschlüssen ausgehen. Wenn man einen Blick auf die Statistik wirft, dann sehen wir, dass die Pro-Kopf-Ausgaben um rund 25% gestiegen sind. Wir können sehr glücklich sein, dass die Erträge entsprechend gestiegen sind in der Vergangenheit. Wenn dies nicht mehr der Fall ist, dann würden wir zwangsläufig in ein Defizit reinlaufen. Uns fallen auch die sehr hohen Überschüsse der Spezialfinanzierungen auf. Hier sollte man weiterhin ein Auge darauf werfen und wenn nötig die Gebühren senken. Die Überschüsse sind sehr unsozial. Gerade kinderreiche Familien werden unnötig hoch belastet mit Gebühren.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat die Rechnung auch mit Freude zur Kenntnis genommen und vom Überschuss Kenntnis genommen. Uns ist auch aufgefallen, dass dieser Effekt ein paar Mal hintereinander eingetroffen ist, dass wir bessere Rechnungen hatten als budgetiert. Ich möchte nicht sagen, dass bewusst tief gestapelt wurde. Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass die Sparbemühungen auch weiterhin aufrechterhalten werden. Wir müssen aber ein Augenmass behalten und keiner Sparpanik verfallen. Ich erinnere daran, dass wir im Dezember bei der letzten Budgetsitzung von Budgetpostulaten überflutet wurden, wo man noch CHF 2000 oder CHF 1000 sparen könnte. Ich glaube, der Aufwand lohnt sich dafür nicht und das kommt unter dem Strich teurer. Sparen ja, aber mit Augenmass und nicht in Panik verfallen.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion werden die Rechnung so annehmen. Wir sind auch der Auffassung, dass wir die Ausgaben weiterhin sorgfältig prüfen sollen und dass keine neuen hohen Investitionen in den nächsten Jahren drin liegen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich möchte den Chor nicht weitersingen wie meine Vorredner. Wir haben die Rechnung auch angeschaut und haben uns drei Stunden Zeit genommen in der Fraktionssitzung. Uns sind diverse Differenzen aufgefallen, die wir im Moment nicht klären konnten. Wir haben uns entschieden, weil es kleinere Budgetposten waren, diese vorab der Verwaltung zu schicken. Diese

---

wurden zum Glück, und dafür möchte ich mich bedanken, beantwortet. Wir werden beim einen oder anderen nachhaken. Ich möchte der Verwaltung, dem Gemeinderat, Jo Hammel und Dieter Pfister danke sagen für die Rechnung.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion wird dieser Rechnung gerne zustimmen. Dem Dank schliessen wir uns gerne an. Dass es teilweise mit Zufallstreffer ein gutes Ergebnis gegeben hat, ist erfreulich. Wir hoffen, dass es nicht zufällig auf die andere Seite kippt. Das ist eine gewagte Formulierung. Ich persönlich habe eine Frage, und das ist Zufall, dass es mit einer kleinen Anfrage von Roland Naef übereinstimmt, zum Engagement der Firma BDO. Ich habe eine Frage an den Gemeinderat und an die Fireko. Diejenigen, die vier Jahre dabei sind wie ich, haben miterlebt, dass die Firma BDO damals kleine Fragezeichen gestellt hat, als es um die Finanzierung des Schulhauses ging, ob man das gut bewältigen wird. Grundsätzliche Vorbehalte wurden damals nicht geäussert. Ich habe dort ein Votum abgegeben in Richtung Gefälligkeitsgutachten. Das zweite, was wir jetzt mit der BDO erlebt haben, ist für mich keine gute Erfahrung. Die BDO hat einerseits die Rechnung der Stiftung Tagesheime laufend durchgewunken und plötzlich ein Defizit von erheblichem Mass festgestellt. Meine Frage: Wie denkt der Gemeinderat über eine Weiterbeschäftigung dieser Firma und was meint die Fireko dazu?

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich frage zuerst den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist, bevor wir irgendwelche Fragen beantworten. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Beratung des Geschäfts.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Für die Revision der Rechnung ist nicht der Gemeinderat zuständig, da ist die Fireko zuständig. Es ist auch die Fireko, die den Auftrag an die BDO gibt. Man hatte natürlich von Seiten Gemeinderat gewisse Bedenken, dass die BDO dies überprüft bei der Stiftung Tagesheime. Die Bedenken konnten von der BDO zurückgewiesen werden. Sie haben gesagt, dass sie das machen können.

**René Imhof**, Präsident Fireko: Die Ergebnisse in der Fireko wurden einstimmig abgestimmt und für richtig befunden. Für die BDO ist die Fireko zuständig und wir sind zufrieden. Kindergärten sind selbstständig und können eine andere Organisation wählen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wolf, BDO wurde damals beauftragt, als Hanspeter Tschui Präsident der Fireko war, ich war damals auch dabei. Wir haben damals mehrere Firmen angefragt und vorstellen lassen in der Fireko. Die BDO hatte bei uns den besten Eindruck hinterlassen, deshalb ist der Zuschlag für die BDO gefallen. Wie mein Vorredner René Imhof gesagt hat, waren wir stets zufrieden mit der BDO. Wir haben keinen Grund gesehen, weshalb wir die BDO für ein Einzelgeschäft nicht berücksichtigen sollen, nicht zuletzt auch unter Berücksichtigung der Kosten. Wenn man eine neue Revisionsfirma einstellen würde, dann wäre das mit enormen Kosten verbunden.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

### **Laufende Rechnung**

#### 0 Allgemeine Verwaltung

#### 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

#### 2 Bildung

#### 3 Kultur, Freizeit, Sport, Kirche

#### 4 Gesundheit

#### 5 Soziale Sicherheit

#### 6 Verkehr

## 7 Umweltschutz und Raumordnung

### **Spezialfinanzierungen**

710 Wasserversorgung

720 Abwasserbeseitigung

730 Abfallwirtschaft

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Es wurde vorhin zwei Mal gesagt, den grosse Überschuss bei der Abfallwirtschaft sollte man brauchen, um Gebühren zu senken. Ich würde zurzeit davon abraten, weil Basel-Stadt die Gebühren nicht deutlich senkt. Es wäre eine Einladung an unsere Nachbarn ihren Müll bei uns hinzustellen. Die Vignetten und die schwarzen Säcke sind frei verkäuflich. Ich würde mir gut überlegen, die Gebühren zu senken.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

8 Volkswirtschaft

9 Finanzen und Steuern

### **Investitionsrechnung**

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2 Bildung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

4 Gesundheit

5 Soziale Sicherheit

6 Verkehr

7 Umweltschutz und Raumordnung

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ist es mir erlaubt etwas zur Erfolgsrechnung nach Arten zu sagen? Es geht um die Seite 20. Es geht um Position 3090 Aus- und Weiterbildung des Personals. Wir haben die Frage eingesendet, wie das Etienne Winter ausgeführt hat, sie wurde auch beantwortet. Ich möchte trotzdem hier etwas dazu sagen. Wenn ich sehe, dass unser Personal in Allschwil Überstunden macht im Umfang von 5,5 Vollzeitstellen und lese, dass die Leute, die bei uns arbeiten, im 2015 zu viel beschäftigt waren, um Weiterbildung zu geniessen, und wir diesem Personal im Dezember noch 1% Lohn gestrichen haben, dann stellt sich die Frage nicht mehr, ob unser Personal unzufrieden ist. Ich bin bei der Frage, was wir gegen diese Unzufriedenheit machen können.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: War das eine Frage?

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Nein, eine Bemerkung, wir müssen alle herausfinden, was wir damit machen.

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Wir haben noch eine Frage zu Seite 22, Position 319, verschiedener Betriebsaufwand. Wir haben einen Aufwand von CHF 348'000, budgetiert CHF 71'000. Gegenüber dem

---

Vorjahr sind es CHF 170'000 mehr. Hinten bei der Erklärung des Gemeinderates konnten wir nicht herausfinden, was dieser verschiedene Betriebsaufwand genau ist.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Wir klären das ab und geben Ihnen nachher Antwort.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir machen ein Time-out von fünf Minuten.

### TIME-OUT

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Wir haben es herausgefunden. Es war nicht ganz einfach, weil sich die Frage auf die Artengliederung bezieht. Es sind hauptsächlich zwei Sachen, die sind begründet. Es ist vor allem der gesamte Aufwand des Jugend- und Freizeithauses, weil das eine Zweckbindung ist, muss es rechtlich neu nach HRM2 so drin stehen mit einer Bruttoverbuchung. Diese war in der Vergangenheit eine Nettoverbuchung. Das ist begründet bei Nummer 3422/3199. Der zweite Punkt ist der Schulpool, wo es auch neu brutto ausgewiesen werden muss, das wäre das 2120/3199. Es sind beides Zweckbindungen und Zweckbindungen werden nicht budgetiert. Beim Freizeithaus sind es CHF 195'000 und beim Schulpool sind es CHF 41'000. Und sonst sind es viele kleine Positionen.

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Aber dann fehlen immer noch rund CHF 40'000.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ja, das sind viele kleine Positionen, zum Beispiel Altersgeschenke, Jubilaren, CHF 13'000. Jungbürgerfeier CHF 3800, Sportlehrer CHF 6150 usw.

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Ist in Ordnung, danke.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über Anträge des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat zu beschliessen:

1. Gestützt auf § 57a der Gemeinderechnungsverordnung wird eine ausserordentliche Abschreibung des PK-Bilanzfehlbetrages im Umfang von TCHF 1'620 vorgenommen.

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2015 wird genehmigt (Geschäft 4265).

**:::**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**:::**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.



01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2016, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.05.2016, betreffend Geschäftsberichte 2015 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4264 / A

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Es freut mich, dass ich mich kurz zu den Geschäftsberichten 2015 mündlich äussern darf. Der schriftliche Bericht wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt, ich gehe davon aus, dass Sie diesen intensiv gelesen haben. Beim Lesen haben Sie festgestellt, dass der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung auch im 2015 wieder ein umfangreiches Aufgabenpaket erledigt hat. Wir haben zahlreiche Berichte an den Einwohnerrat verfasst, wir haben verschiedene Stellungnahmen beantwortet, wir haben 25 Vernehmlassung zu verschiedenen politischen Themen erstellt, einzelne von diesen Vernehmlassungen mit nicht ganz unerheblichen finanziellen Auswirkungen für unsere Gemeinde. Als Beispiel nur drei: Anpassung der Normkosten für ambulante Pflegeleistungen. Anpassung der Normkosten für Pflegeleistungen in den Alters- und Pflegeheimen. Revision zur Ergänzungsleistungsverordnung. Drei Themen, die finanzpolitisch sehr wichtig sind für unsere Gemeinde. Neben der Tätigkeit des Gemeinderates zeigt der Geschäftsbericht 2015 wie jedes Jahr auf, in welchen Bereichen Schulräte und Sozialhilfebehörde tätig waren und welche Abstimmungen das Wahlbüro beschäftigt haben, natürlich immer nur schwerpunktmässig. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen Personen, die bei der Erarbeitung des Geschäftsberichts 2015 mitgeholfen haben, ein grosses Dankeschön mit auf den Weg geben. Die GPK hat die verschiedenen Geschäftsberichte geprüft und wie jedes Jahr an die Adresse des Gemeinderates verschiedene Ergänzungsfragen gerichtet. Die Ergänzungsfragen wurden detailliert beantwortet, wie man den Feststellungen der GPK entnehmen durfte. Ich schliesse daraus, dass die GPK mit den Antworten zufrieden war. Entsprechend diesen Ausführungen bitte ich Sie den Anträgen auf Seite 11 des Geschäftsberichts zu folgen.

**Jean-Jacques Winter**, Präsident GPK: Ich darf ein Papier vorstellen, welches eine sehr sportliche Leistung war von allen Beteiligten, einerseits Gemeinderat und Verwaltung, auf der anderen Seite die Kommission. Ein Tag Verzögerung auf der einen Seite hat einen kleinen Spurt auf der anderen Seite benötigt. Ich kann es anders sagen: Ein Fitness-Test für das Milizparlament. Wir haben von Frau Nüssli gehört, wie es abgelaufen ist. Wir haben Fragen gestellt und beantwortet und im Gespräch mit ihr die letzten Unklarheiten erledigt. Ich möchte auf zwei Sachen eingehen, die auch im Bericht erwähnt sind. Wir haben in der GPK festgestellt, dass Gemeinderat und Verwaltungsvertreter in sehr vielen Organisationen und Gremien Einsitz haben, im Bereich Freizeit Lebensraum, Wirtschaft, Verkehr und viel andere. Die Frage wurde gestellt nach dem Nutzen in Zahlen, Mitgliederbeiträge, was bringt es. Eine ganz klare Antwort der Präsidentin des Gemeinderates. Wichtig ist der Austausch mit den anderen Organisationen. Anliegen einbringen können, einander kennenlernen, wissen, wer die Ansprechpartner auf der anderen Seite sind. Ideen gemeinsam angehen. Die GPK kann den Gemeinderat vollkommen unterstützen. Die Frage ist noch aufgetaucht bei drei Organisationen im Bereich Luftverkehr, das Forum, Schutzverband und Gemeindeverband. Eine klare Antwort auch hier von Frau Nüssli war, dass dies ein ganz wichtiges Anliegen ist. Es geht um die Lebens- und Wohnqualität, um die Sicherheit. Andere sagen Standortsicherheit, ich sage Wohnqualitätssicherheit. Ich konnte letzte Woche die Zeitung lesen, wie es beim Flughafen aussieht. Überall grosse Zunahmen, 5% in den Flugbewegungen, pro Tag sind das bei uns 246 Flugzeuge bei einer immer kleiner werdenden Nachtruhe. Das zweite Thema, das wir angeschaut haben, ist unser Bijou. An der Grenze vom Dorfkern zum städtischen Vorland, unser Museum. Wir haben es vor 18 Monaten für zwei Jahre geschlossen, Entscheid des Einwohnerrates. Umgekehrt heisst das, dass wir es in sechs Monaten wieder aufmachen. Ein ganz klarer Antrag der GPK an den Gemeinderat, wir möchten die Vorlage im dritten Quartal, wie es dort weitergeht. Jeder Gemeindepräsident, den ich kennengelernt habe, hat gerne und immer wieder auf dieses Haus hingewiesen bei jedem möglichen Anlass, Zuzügerapéro, Treffen mit anderen Gemeindevertretern. Wir hoffen, dass es hier vorwärts geht. Ich kann mich nochmals kurz bedanken bei den sportlichen Leuten in der Verwaltung, im Gemeinderat und in meiner Kommission. Ich bitte Sie, die Anträge zur Kenntnis zu nehmen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

---

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Wir sind mit diesem Bericht zufrieden. Wir bedanken uns auch bei der Verwaltung, dass sie so fleissig gearbeitet haben. Wir haben zu den einzelnen Abschnitten ein paar Bemerkungen. Ich möchte vorausschicken, dass wir mit der Abschreibung der zwei Postulate leben können. Eines ist ein uraltes Postulat von Max Gribi, es hat bald das 20-Jährige. Ich melde mich dann nochmals bei den einzelnen Abschnitten.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion hat den Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass es ein guter Überblick ist, was im Jahr 2015 in der Gemeindeverwaltung für Schwerpunktthemen waren. Die FDP-Fraktion ist unglücklich über den Bericht der GPK. Sie wusste nicht richtig, was damit anfangen. Die Fragen, die an den Gemeinderat gestellt wurden, und die Antworten dazu, sind abgedruckt. Fazit, Feststellungen oder Schlüsse, welche die Kommission aus diesen Antworten zieht, fehlen. Die FDP-Fraktion wünscht sich, dass dies in einem Jahr wieder anders aussieht.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Der SVP-Fraktion sind beim Geschäftsbericht zwei Sachen aufgefallen. Eines ist die Beantwortung bezüglich des Areals Wegmatten. Die Phase 2, wie das richtig steht, läuft am 21. Juni ab. Dort würde die SVP-Fraktion gerne wissen, in welchem Zeitfenster nach diesem Datum der Einwohnerrat über die weiteren Schritte informiert wird und was an dieser Sitzung herausgekommen ist. Und das zweite, was wir mit Unmut zur Kenntnis genommen haben und gerne wissen würden, wie der weitere Verlauf aussieht betreffend das Heimatmuseum. Wir haben das nur auf zwei Jahre sistiert. Wenn das weiter geht und wir finden keine Lösung, dann bedeutet dies, dass Ende dieses Jahre das Heimatmuseum wieder aufgehen muss. Die SVP-Fraktion möchte wissen, wie sich das der Gemeinderat vorstellt, wie er das in den letzten sieben Monaten erledigen möchte.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bin jetzt seit vier Jahren dabei und ich stelle eine Steigerung bezüglich Qualität des Geschäftsberichts von Jahr zu Jahr beim Gemeinderat fest. Das ist sehr erfreulich. Was mir sehr gefällt ist, dass es immer dichter wird. Von ganz lang ist es immer dichter geworden, die Aussagequalität ist enorm gut. Von der GPK habe ich ein bisschen ein ungutes Gefühl. Ich formuliere es pointiert. Ich komme mir vor, wie wenn man mit Spatzen auf Kanonen schießt. Wenn ich sehe, was bei der Gemeinde alles nicht läuft oder welche Probleme es gibt, dann meine ich das. Ich bin nicht ganz glücklich in der Meinung, dass man die wesentlichen Punkte getroffen hat. Darum das Gefühl, dass man mit Spatzen auf Kanonen schießt.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich kann Florian Spiegel die Frage beantworten, was nach dem Wettbewerb passieren wird. Selbstverständlich wird das Ergebnis des Wettbewerbs veröffentlicht. Der Gemeinderat hat sich noch nicht abschliessend Gedanken gemacht in welcher Form, ob das eine Ausstellung gibt im Lichthof oder ob es einen Bericht im Allschwiler Wochenblatt und auf der Website gibt. Der Einwohnerrat wird ganz sicher über den Ausgang des Wettbewerbs informiert.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Es ist klar, die Frage ist noch offen. Ich musste kurz nachlesen, ich meine, wir haben eine Antwort gegeben zu diesem Thema Heimatmuseum, wie wir dort weitergehen möchten. Das wollte ich zuerst anschauen, was wir dort genau geschrieben haben. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass das ganze Thema Heimatmuseum entpolitisiert werden soll. Wir haben immer noch die Idee, dass wir eine engagierte Persönlichkeit in Allschwil finden, die sich diesem Thema annimmt und sich dann effektiv und aus eigenem Antrieb und eigenem Interesse für das Heimatmuseum einsetzt. Wir haben einen runden Tisch organisiert und haben das Thema ausdiskutiert mit verschiedenen Persönlichkeiten und Menschen, die sich bereits mit dem Thema auseinandergesetzt haben, und vielleicht auch in Zukunft mit diesem Thema auseinandersetzen. Weiter sind wir leider noch nicht gekommen, die Zeit drängt. Aber leider hatten wir auch noch andere Themen, die dazwischen gekommen sind. Wir bleiben dran, das kann ich versichern und der Gemeinderat wird die nächsten Entscheide fällen.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

Gemeinderat Allschwil

Verwaltungsführung – Zentrale Dienste

---

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Im Geschäftsbericht Verwaltungsführung Zentrale Dienste ist zu lesen, dass sich der Gemeinderat eine neue Geschäftsordnung gegeben hat, in welcher die Sitzungen entschlackt oder beschleunigt werden sollen. Gibt es zu dieser Massnahme ein Fazit?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Neu erfolgt die Einladung zu den Gemeinderatssitzungen nur noch elektronisch. Der erste Teil der Abstimmung über traktandierte Geschäfte erfolgt auch elektronisch und der zweite Teil ist dann die physische Gemeinderatssitzung, die wir am Mittwoch abhalten. Dort werden nur noch diejenigen Geschäfte traktandiert und behandelt, wo es im Vorfeld noch keine Zustimmung gab oder wo mindestens ein Mitglied Diskussion verlangt. Das hat dazu geführt, dass wir Zeit haben für die politisch heiklen Themen und Geschäfte. Wir stehen nicht mehr so unter einem Zeitdruck. Das ist ein Vorteil, der andere ist, dass die Vorbereitung der Gemeinderatssitzungen besser läuft für die einzelnen Gemeinderäte, aber auch für die Verwaltung. Der Gemeinderat kann bei seiner Vorbereitung für die Sitzung dies elektronisch deponieren. Diese Fragen können die Hauptabteilungsleiter/-innen anschauen. Alles in allem ist es eine gute Sache und ich bin überzeugt, dass wir das gut so weiterführen können.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

Finanzen – Steuern

Tiefbau – Umwelt

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Beim Tiefbau wird auf den Verzicht des Ausbaus der Baslerstrasse eingegangen, welche im Finanzplan 2010 bis 2016 gestrichen wurde vom Kanton. Die Erneuerung der Baslerstrasse wurde wieder aufgenommen und ich hätte gerne gewusst, wie der Stand ist und ob es dazu schon Details gibt und eine Terminachse.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Bei der Baslerstrasse ist der Kanton der Ansicht, dass es 2018 umgesetzt werden soll, die erste Etappe also realisiert werden soll. Wir hingegen sind auch daran am Erarbeiten unseres Bauprojekts Hegenheimermattweg. Dieser soll auch im 2018 umgesetzt werden, aber nicht gleichzeitig. Wenn also jetzt der Kanton Baselland wirklich nicht parat wäre im 2018, möchten wir unseren Hegenheimermattweg vorziehen. So ist der derzeitige Plan.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

Hochbau - Raumplanung

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Christoph Morat. Im Bericht wird beschrieben, dass vor allem bei den Kindergärten die vorbildlich gestalteten Qualität der Neubauten hervorgehoben. Verschiedene Hinweise gab es im 2015 auch an diversen Mängeln an diesen Bauten. Mich interessiert, wie mit den Mängel umgegangen wurde und ob sie zur Zufriedenheit der Bauherrschaft und Nutzer behoben werden konnten.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das mit den Mängeln ist eine Sache. Was ist genau ein Mangel? Wir haben keine Mängel festgestellt bei dem, was wir bestellt haben und bei dem was geliefert wurde, insbesondere bei den im Berichtsjahr fertiggestellten Kindergärten. Wir haben nochmals eine Sitzung einberufen mit der zuständigen Baukommission und haben in dieser Sitzung alle Fragen der Nutzerinnen und Nutzer des Kindergarten Pestalozzi angeschaut. Wir haben entschieden in der Baukommission, dass die Fragen eigentlich genug beantwortet sind und dass wir zufrieden sind mit der Qualität und mit dem, was wir bestellt haben.

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: Es ist glaub das letzte Mal, dass ich das Wort ergreife. Ich habe zwar versprochen zuhause, dass ich gar nichts sage zu den Kindergärten, aber nach der Antwort von dir muss ich es trotzdem sagen. Wie kommt es denn, dass die Kindergärtnerinnen, die dort unterrichten, dauernd über Kopfweg, Trockenheit und andere Unzulässigkeiten permanent reklamieren? Im Kindergarten hat

---

man Luftfeuchtigkeit teilweise unter 40% und unter 30%. Wenn man dort drin eine längere Sitzung hat, dann klagen sie über Kopfweh. Wenn sie unterrichten, dann klagen sie auch über Kopfweh etc. Dieses Thema muss man ernst nehmen. Es sind verschiedene Frauen, wenn es nur eine Frau wäre, die immer über permanentes Kopfweh klagt, dann wäre das für mich als Baumensch begreiflich. Aber es sind verschiedene dort drin und alle haben dasselbe Problem. Und es passiert nichts, seit der Kindergarten eröffnet wurde. Es gibt Leute, die dort drin zusätzlich Sitzungen haben, andere Kindergarten-Lehrkräfte, die auch nach einer Stunde oder zwei Stunden sagen, dass es trocken ist und dass sie Kopfweh haben. Ich meine, für das Wohl dieser Leute und für das Wohl der Kinder muss man abklären, was die Ursachen zu diesen Eindrücken sind.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

Einwohnerdienste – Sicherheit

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Thomas Pfaff. Wir haben hier auf Seite 32 tagsüber an den Werktagen die Gemeindepolizei, die die Sicherheit und die dazugehörigen Arbeiten übernimmt. In den übrigen Zeiten ist es die Securitas. Mich interessiert, ob die Gemeinde weiss, wie häufig und wie lange pro Mal die Securitas ausrücken muss pro Monat oder pro Jahr.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Selbstverständlich wissen wir Bescheid, wie häufig die Securitas ausgerückt sind. Die haben das der Gemeindepolizei jeweils am nächsten Morgen zu rapportieren. Wir sind tagesaktuell immer informiert, weswegen die Securitas-Patrouille ausrücken musste. Wenn die Erwartung ist, dass ich hier spontan Zahlen liefere, dann muss ich enttäuschen. Wenn ich die Frage vorher gehabt hätte, dann wäre ich heute vorbereitet.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Mich interessiert, was Gemeinderat Morat zu dem Statement von Herrn Naef meint. Es wäre anständig, rasch darauf einzugehen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich habe keine richtige Frage gehört und darum habe ich mich auch nicht angesprochen gefühlt. Uns ist nicht bekannt, dass irgendjemand über Kopfweh geklagt hat. Das ist nicht bis zu uns gedungen, aber wir werden uns darum kümmern und schauen, ob wir etwas an der Lüftung noch anders einstellen können. Das ist oftmals eine Einstellungssache der Lüftung. Wir gehen dieser Sache nach, inwiefern man dies messen kann.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

Bildung – Erziehung – Kultur

Soziale Dienste – Gesundheit

Anträge

Stellenplan und Funktionsverzeichnis

Allschwil in Zahlen

Schulrat Kindergarten und Primarschule Allschwil

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Wir haben Fragen oder mehr eine Wunsch, dass der Bericht des Schulrates mit einzelnen Sachen noch ergänzt werden kann, zum Beispiel Anzahl von Schülern, die spezielle Unterstützung brauchen. Anzahl der Schüler, die in die Einführungsklassen müssen. Anteil Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Anzahl Schüler, die nachher weitergehen ins Niveau P, E und A oder in den Kleinklassen sind. Wir wünschen uns diese Angaben in Zukunft in diesem Geschäftsbericht, wenn das datenschutztechnisch möglich ist, damit diese Infos dem Einwohnerrat zur Verfügung stehen.

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Ich lese im Schulratsbericht, dass im Hinblick auf die Neu-Organisation der Schulleitung Visionen entwickelt wurden. Ich frage Thomas Pfaff an, ob er die alle ins Spital schickt?

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Hier ist dasselbe in grün. Wir wünschen uns auch hier mehr Informationen im Bericht. Zum Beispiel wie viele gehen in eine Berufslehre, wie viel Prozent gehen in weiterführende Schulen oder in eine Anlehre oder eine Attestlehre. Das sind Sachen, die unserer Ansicht nach sinnvoll wären, wenn man sie in einem Bericht hätte. Es sind wichtige Informationen über die Sekundarschule.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich möchte hier grad gerne eine Antwort geben, ich bin Mitglied im Schulrat Oberstufe, also Sekundar. Bruno Gadola weiss es auch, wir hatten gestern Sitzung. Wir haben diskutiert über diesen Bericht. Es ist noch offen, ob wir überhaupt vom Schulrat Oberstufe einen Bericht an den Gemeinderat machen müssen. Es ist eigentlich ein Goodwill, dass es diesen Bericht gibt. Das Ganze ist auf freiwilliger Basis, der Kanton sagt eigentlich nein. Der Kanton ist sehr streng mit dem Datenschutz. Die richtige Antwort gebe ich Ihnen gerne persönlich, die ist seitens des Kantons noch offen.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

Schulrat Musikschule Allschwil

Sozialhilfebehörde

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Auf Seite 55 oben werden Nischenarbeitsplätze erwähnt, welche zunehmend aufgehoben werden, weil es ein Problem ist Leute zu versorgen, die nicht 100% leistungsfähig sind. Gibt es solche Arbeitsplätze auf der Gemeinde Allschwil? Und wenn ja, gibt es Beispiele? Und noch eine Frage zu Seite 56. Die zwei Tabellen Ausbildung und Erwerbstätigkeit dünken mich nicht schlüssig. Wenn neue Tabellen eingefügt werden, was ja der Wunsch des Einwohnerrates war, dann könnte man vielleicht diese Tabellen erläutern. Weshalb gibt es so viele Personen, die man nicht erfasst hat, ob sie eine Ausbildung haben. Und wo ist der Unterschied zwischen "Kleiner 18 Jahre" und "Grösser 15 Jahre"?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Zu den Nischenplätzen. Das sind Arbeitsplätze, die immer mehr zurückgehen, ich nehme an aus finanziellen Gründen. Das ist nicht so einfach, wenn man Leute anstellt, die im ersten Arbeitsmarkt nicht integriert werden können. Wir sind froh um Nischenplätze und diese gehen halt immer mehr zu. Es gibt immer weniger, wo man die Leute platzieren kann, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Das ist ein Problem und dann sind sie vollumfänglich bei der Sozialhilfe. Das ist eine Situation, die von der Gesellschaft her kommt und von der Wirtschaft, die sich das nicht mehr leisten will jemanden zu haben mit 100% angestellt und 40% Leistung. Die anderen Fragen habe ich nicht 100% verstanden. Du hättest gerne, dass man dazu schreibt, weshalb nicht alle erfasst sind? Man hat eine gewisse Anzahl Ausgebildete und eine Anzahl Erfasste. Das sind meistens diejenigen, die angefangen haben, aber nicht abgeschlossen. Sie sind während der Lehrzeit rausgeflogen oder haben sonst nicht reüssiert.

**Armin Bieri**, SP-Fraktion: Ich komme nochmals auf die Zahlen bei der Sekundarschule zurück, die ich angefragt habe. Wenn ich das vergleiche mit der Sozialhilfebehörde, dann sind das hier viel vertraulichere Zahlen. Sie kommen auch vom Kanton. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass diese Zahlen, wer geht in eine Lehre und wer ins Gymnasium, nicht möglich sein sollen. Diese Zahlen von der Sozialhilfebehörde finde ich viel heikler und detailreicher. Weshalb es bei der Sekundarschule ein Problem sein soll, kann ich nicht ganz verstehen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich komme auch zurück auf das Votum von Armin Bieri. Uns dünkt es komisch, wenn der Schulrat dem Gremium, welches es in seiner Funktion einsetzt, keine Rechenschaft ablegen muss. Dann müsste man diskutieren, ob der Einwohnerrat überhaupt das richtige Gremium ist, den Schulrat zusammensetzen. Das soll man auch im Hinterkopf behalten, wenn man das abklärt.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

Wahlbüro

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zu den Anträgen.

1. Der Gemeinderat beantragt, die Geschäftsberichte 2015 zur Kenntnis zu nehmen.

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. In diesem Zusammenhang beantragt der Gemeinderat, folgende Geschäfte abzuschreiben

a) Geschäft 1356; Postulat Dr. Max Ribi, namens FDP-Fraktion, 15.06.1987 „Ohne Umsteigen zum Bahnhof SBB“

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

b) Geschäft 3536; Motion der CVP-Fraktion, 01.07.2004  
Geschäft 3537; Motion der FDP-Fraktion, 01.07.2004  
Geschäft 3538; Motion der SVP-Fraktion, 01.07.2004  
Geschäft 3539; Motion der SP-Fraktion, 01.07.2004  
Südumfahrung

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**:::**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

## PAUSE

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich habe vorhin einen Formfehler gemacht beim Geschäft 4264A. Ich muss einen Rückkommensantrag stellen, damit wir das Geschäft nochmals öffnen können. Wir haben vergessen über die Anträge der GPK abzustimmen. Ich frage den Rat an, ob er etwas dagegen hat, dass wir darüber nochmals abstimmen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen somit ab.

Gestützt auf diese Ausführungen stellt die GPK folgende Anträge:

1. Die Geschäftsberichte des Gemeinderates, der Schulräte, der Sozialhilfebehörde, des Wahlbüros und der Kinder- und Jugendkommission werden zur Kenntnis genommen.

**:::**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Vom Bericht der GPK betreffend der Prüfung der Geschäftsberichte 2015 wird Kenntnis genommen.

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**:::**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 26.05.2016

betreffend Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission  
an den Einwohnerrat

Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Jean-Jacques Winter, Geschäft 4284

---

**Jean-Jacques Winter**, Präsident GPK: Im letzten Bericht, den ich vorgestellt habe, habe ich von einem sportlichen Lauf gesprochen. Bei diesem Bericht brauche ich ein anderes Wort. Wir sind in Allschwil und ich sage Schwellenlauf. Auf Seite 5 des Berichts ist dies ein bisschen erklärt. Wir hatten zwei Themen, das Wahlbüro und Umsetzung von Submissionen. Beim Wahlbüro haben wir einen grossen Aufwand betrieben für unser Ziel, den Besuch zu organisieren, und mit der Landeskantonalen Kontakt aufgenommen, bis alles geklappt hat. Wir waren zweimal da, einmal ganz am Morgen als Erste, um zu schauen, wie es losgeht. Wer läuft wann ein, wer instruiert wie, wie beginnt die Arbeit und wie werden die Leute an ihre Plätze begleitet. Das zweite Mal ab der Mitte. Wie wird gearbeitet miteinander, wie kommen die Urnen zurück von den Aussen-Wahlbüros, wie geht die Meldung nach Liestal. Wir dürfen sagen, die ganzen Abläufe vom Öffnen der Couverts, Wahlzettel trennen, zählen, kontrollieren, Meldungen zusammenfassen, sind eine sehr eingespielte Sache. Es wird unterstützend zusammen gearbeitet. Man hat gesehen, dass die Leute das gerne machen und Spass haben. An dieser Stelle, die Mitglieder des Wahlbüros, die hier sind, dürfen das gerne weitersagen, wir waren sehr zufrieden, wie das läuft. Aufgrund unserer Besuche haben wir Befragungen gemacht. Wir haben die Präsidentin, die beiden Vizepräsidenten, von der Verwaltung Andi Meyer, der viel bei den Vorbereitungen mitarbeitet für das Wahlbüro, und fünf Personen aus dem Wahlbüro, aus den Fraktionen, bewusst nicht vom Einwohnerrat und nicht familiär mit Mitgliedern der GPK bezogen. Ein paar Infos sind im Bericht drin, auf ein paar möchte ich gerne jetzt noch hinweisen. Auf die Frage, wie sie eingeführt wurden oder was passiert bei Helferinnen und Helfern oder bei internen Wechseln ist ein Wort gefallen, dass uns stutzig gemacht hat. learning by doing. Auf Baseldeutsch: Machet emol, das chunt scho guet. Ein Appell an das Wahlbüro, bitte gebt allen Personen Instruktionen, damit keine Fragen mehr nötig sind. In der Zeitung konnte man etwas lesen über die ominösen Ordner. Das Wahlbüro hat Ordner und in diesen Ordnern hat es Reglemente, Erklärungen über die Abläufe, alle nötigen Papier, Auszählregeln, Pläne, wie man den Lichthof gestalten könnte. Wir haben bemerkt, dass die Ordner nicht aktuell sind und den Leuten nicht bekannt sind. Das steht im Bericht, das muss passieren. Die müssen dort liegen, damit die Leute, die im Wahlbüro arbeiten, immer nachschauen können. Es war immer wieder die Rede vom Rotieren. Ein paar sind draussen in den Satelliten und den Aussenstellen, andere zählen die Zettel. Der Wunsch war klar nach Rotieren. Das hat den Vorteil, dass mehr Leute im Wahlbüro mehr Wissen haben. Ein grosses Thema war die Übergabe von einer Präsidentschaft zur anderen Präsidentschaft. Wir haben festgestellt, das war ein Schock für uns alle, dass bei den letzten drei Wechseln aus irgendwelchen Unstimmigkeiten heraus, Enttäuschungen, weil es nicht gerade geklappt hat, alle Unterlagen aus dem Präsidium in eine Schachtel gesteckt wurden. Die Schachtel wurde bei Andi Meyer deponiert und man hat sich verabschiedet. Das nächste Präsidium ist gekommen und hat die Schachtel geholt. Dann hat das Wühlen in den Unterlagen angefangen. Dieser Übergang ist nicht nur einmal unglücklich gelaufen. Wir appellieren sehr, dass dieser Übergang mit dem neuen Präsidium optimal angefangen werden kann. Der Start ist bei jedem Menu etwas sehr wichtiges. Zum Präsidium wurde von allen gesagt bei jeder Befragung, der Wunsch nach Personen mit Erfahrung. Parteien, da sind wir alle gefordert, wurden in den Senkel gestellt. Das Wahlbüro ist nicht einfach der letzte Posten, den es gibt. Das Wahlbüro ist ein Aushängeschild. Wenn es gut läuft, sensationell, aber wenn es nicht gut läuft, dann nicht. Es braucht Leute mit Erfahrung und Empathie im Team und Motivation. Ein Appell an uns für die Zukunft. Ich habe noch einen Wunsch. Wir haben jetzt einen Wechsel. Wir haben das gedanklich durchgespielt. Wenn auch die beiden Vize gehen würden, was dann. Es kann passieren, niemand ist verpflichtet länger als 12 Jahre dabei zu bleiben. Mein Appell wäre hier: Wenn die beiden Vize zurücktreten irgendwann, dann soll die Übergabe nicht nur learning by doing sein, sondern dass die beispielsweise beigezogen werden bei der ersten Abstimmung im September, also vor Ort zeigen, wie es läuft. Die beiden Herren, die jetzt Vize sind, kennen das. Das ganze Team steht hinter denen, das ist eine tolle Sache. Menschlich sind sie toll, führungsmässig sind sie toll und das Team funktioniert. Der Rest steht im Bericht. Wir haben auch die Submissionen angeschaut, wie geht die Gemeinde mit diesen Fragen um. Das war eine längere Sache. Wir haben lange Zeit gebraucht, um die Fragen zu deponieren. Es war eine grosse Hilfe. Ich stand am Tisch mit Dieter Pfister und per Zufall läuft Christoph Morat durch. Wir sind zu Florian Spiegel gegangen, und dann hat es geklappt. Wir konnten die Fragen diskutieren und dann ging es ganz schnell und wir hatten die Antworten, sie stehen im Bericht.

---

Eine andere Sache, die im Bericht steht, ist der Auftrag des Büros an uns die GPK, Leistungsvereinbarung Einhaltung zwischen Tagesheim und Gemeinderat. Der Bericht ist sehr kurz. Man könnte es schneller machen, als wir das gemacht haben. Eine Tageszeitung im letzten Dezember hat nach einem Tipp bereits einen Bericht geschrieben mit abschliessendem Urteil. Das wollten wir nicht, die GPK hat von der Fireko den Bericht der BDO verlangt, hat vor der Stiftung Tagesheim alle relevanten Protokolle und Einblicke in ihre Papiere verlangt bezüglich Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Gemeinderat. Sie hat vom Gemeinderat alle Protokollauszüge verlangt, wo die Zusammenarbeit mit der Stiftung drin steht. Das durfte die GPK lesen, und wir sind soweit, dass wir zu einem weiteren Schritt, zu einem Abschluss kommen können. Das tönt vielleicht lange. Wir hatten vor ein paar Jahren hier drin ein Problem, Stichwort Friedhof. Die GPK hat ein Jahr daran gearbeitet, bis sie zu einem klaren Abschluss kam. Wir haben jetzt das Pech, dass ein Legislaturwechsel bevorsteht. Vier von der GPK gehen raus, 3 ziehen weiter. Wir müssen vorher nochmals zusammensitzen und uns austauschen, wie es weitergeht. Ich bin zuversichtlich, dass der Einwohnerrat bald Infos erhält, was die GPK zur Leistungsvereinbarung und Umsetzung zwischen Stiftung und Gemeinderat sagen kann. Der Rest steht im Bericht. Ich komme zu einem grossen Dank, ganz persönlich. Vor 17 Monaten ist ein Kolleg von uns, Jean-Claude Bourgnon, gestorben. Er hat die GPK übernommen und gross daran gearbeitet. Als ich eingestiegen bin, hat er mich sehr unterstützt. Phipe, ich meine dich, dir muss ich an dieser Stelle ein dickes Dankeschön sagen. Ich habe dich toll kennengelernt, merci für deine Unterstützung. Der ganzen GPK danke ich für die tolle Arbeit und das Zusammensein im letzten Jahr. Ich bitte Sie die Anträge der GPK anzunehmen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Betreffend Wahlbüro haben wir Empfehlungen der GPK. Wir haben diskutiert, ob wir das als Anträge machen wollen. Wir waren dann der Meinung, dass der Gemeinderat die Empfehlung der GPK als genug wichtig erachtet, damit man nicht speziell einen Antrag machen muss. Unserer Fraktion liegt der erste Antrag auf Seite 3 sehr am Herzen. Die Übergabe der Wahlbüroleitung muss frühzeitig geregelt und unter Einbezug aller Beteiligten erfolgen. Das Präsidium der auslaufenden Legislatur, das Präsidium der neuen Legislatur, die Verwaltung und der Gemeindepräsident/Gemeindepräsidentin sollten anwesend sein. Die Oberaufsicht obliegt der Gemeindepräsidentin. Der Übergabevorgang bzw. das Konzept muss noch vor Ende der laufenden Legislatur durch das Wahlbüro-Präsidium in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung bestimmt werden. Das dünkt unsere Fraktion einen ganz wichtigen Punkt, dass man dies so umsetzt. So wie es aussieht, haben wir das Glück, dass die beiden Vizepräsidenten bleiben werden. In enger Zusammenarbeit mit denen soll dies als Prozess aufs Papier gebracht werden, damit man damit nachher alle vier Jahre damit arbeiten kann bei Übergaben.

Zu den Fragen der Submission haben wir bei Punkt 6 eine Frage. Wir wollten wissen, welches die drei Firmen waren, die in den letzten zehn Jahren am häufigsten berücksichtigt wurden, eine tabellarische Aufstellung nach Datum und Beschrieb des Arbeits- und Auftragsvolumen. Dort geht es darum, dass man einfach lesen kann, welche Unternehmen in den letzten zehn Jahren betreffend Volumen und Auftragsmenge profitieren konnten. Für uns war es verwunderlich, dass die Gemeinde mit ihrem jetzigen System nicht in der Lage war mit einer einfachen Aufschlüsselung aufzuzeigen, welche Firmen dies sind, sondern nur mit unglaublichen Aufwänden und Mühe. Als Fraktion sind wir der Meinung, dass sich die Gemeinde Gedanken machen soll, mit welchem System dies behoben werden kann. Bei einer Gemeinde mit über 20'000 Einwohnern und einem Auftragsvolumen von über CHF 90'000'000 ist dies ein Finanz- und Kontrollinstrument, das absolut zwingend ist.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich habe eine Frage, Florian. Wie stellst du dir das konkret vor. Ein Konzept erarbeiten für die Übergabe der Wahlunterlagen und das Präsidium der auslaufenden Legislatur mit einbeziehen. Präsidium ist die Präsidentin, meine ich. Was ist es denn sonst?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Das Präsidium ist ganz klar umfasst mit der Präsidentin und den beiden Vizepräsidenten. Ich meine, dass es nicht die Aufgabe des Einwohnerrates ist, dem Gemeinderat zu sagen, wie er das Konzept ausarbeiten soll.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Es ist auch nicht Aufgabe des Gemeinderates so ein Konzept auszuarbeiten. Das ist die Aufgabe des Wahlbüros, wenn die das gerne möchten. Ich habe die Oberaufsicht. Oberaufsicht heisst nicht, dass ich die Arbeit fürs Wahlbüro erledige. Das ist eine Arbeit, die das Wahlbüro machen muss und schon längstens hätte machen müssen, wenn es das noch nicht gibt.



**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wenn man das in Ruhe und emotionslos gelesen hat, dann steht Oberaufsicht. Oberaufsicht bedeutet nicht, dass die Gemeindepräsidentin es machen muss, sondern sicherstellen, dass es gemacht wird. Das ist genug verständlich geschrieben.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Dann gebe ich jetzt dem Wahlbüro den Auftrag dies zu tun.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Als Fraktionspräsident EVP/Grüne wünsche ich mir, dass wir den Anträgen der GPK zustimmen. Als normaler Einwohnerrat habe ich die Arbeit grenzwertig erlebt. Das mit der Submission war unheimlich aufwändig, überhaupt Informationen innert nützlicher Frist zu erhalten. Ich bin sehr unglücklich darüber, dass wir den Bericht, wo es um die Überprüfung der Geschäftsführung der Gemeinde gegenüber der Stiftung Tagesheime geht, nicht abschliessen konnten. Das wäre aus meiner Sicht keine so gross angelegte Sache. Ich habe selber Buch geführt und habe nur für das Aktenstudium, also nicht wie ich mich sonst noch zu diesem Geschäft engagiert habe, 24 Stunden gebraucht. Das ist mehr als grenzwertig. Ich betone das, ich bin unglücklich, dass man das nicht jetzt abschliessen konnte. Ich habe einige Anträge gestellt, dass wir das zu einem Abschluss bringen. Ich bin echt frustriert.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich bin Mitglied, 2. Vize vom Wahlbüro. Erstens danke für die Lorbeeren, ich gebe die weiter an die Mitglieder. Ich bin nicht ganz einverstanden. Ich und Christoph Kneier haben die Leute jedes Mal auf die Seite genommen und jedes Mal instruiert. Es wusste jeder, was zu tun war. Du kannst die Leute fragen, die hier drin sitzen. Das wurde jedes Mal von uns beiden gemacht. Ich finde diese Aussage ein bisschen komisch. Es gab es nie, dass Leute zu mir learning by doing gesagt haben. Christoph Kneier und ich haben Checklisten immer dabei. Ich möchte ausdrücklich erwähnen, Christoph Kneier und ich. Was die dritte Person gemacht hat, sei dahingestellt. Christoph Kneier und ich haben eine Mail erhalten von Herrn Pfister, dass wir bis Ende Legislatur zusammensitzen und die ganze Sache aufgleisen. Wir zwei haben gesagt, dass wir diese Arbeit übernehmen und mitmachen. Christoph hat letzte Woche eine Mail versendet, ich im CC, ich habe bis jetzt keine Antwort erhalten. Ob Christoph Kneier eine Antwort erhalten hat, weiss ich nicht. Wir wären bereit und haben signalisiert seit dem Debakel. Es kam bis jetzt kein Terminvorschlag. Ich bin nicht der Meinung, dass wir zwei Vize den Misthaufen alleine ausbaden sollen, wir können nämlich nichts dafür. Wir können erwarten, dass Hand geboten wird von Seiten Gemeinderat und Verwaltung. Wir sind eingesprungen, wir haben Zeit investiert, damit Ruhe rein kommt. Es ist nicht lustig, wenn man die Ordner anschaut. Es ist nicht so abgelegt, dass man irgendetwas findet. Das widerspiegelt die Situation, wie das Wahlbüro in den letzten vier Jahren geführt wurde. Ich sage es Deutsch und deutlich, weil ich nicht gerne durch die Presse geschossen werde und verantwortlich gemacht für ein Debakel, für welches ich und auch der 1. Vize nichts dafür können. Diese lausige Drecksarbeit, welche die Dame gemacht hat, geht unter keine Kuhhaut. Ich finde es nicht in Ordnung, dass eine Präsidentin Internas an die Presse weitergibt. Das muss zukünftig anders geregelt sein, das geht nicht und das würde auch nicht gehen, wenn es ein normales Mitglied macht. Das ist unterste Schublade hoch drei. Fehler machen, nicht hinstehen und alle anderen sind schuld, das akzeptiere ich nicht. So wurden wir in der Presse hingestellt, es wurde nichts Sauberes geschrieben. Ich habe lange nichts gesagt und habe gesagt, dass ich mich heute dazu äussern werde. Ich finde es nicht in Ordnung, was dort geschrieben wurde. Ich bitte aus dem Ganzen heraus, dass man Hand bietet und vielleicht einen Termin wahrnimmt. Ansonsten machen wir es in der neuen Legislatur. Ich werde weiterhin als Vize tätig sein und was ich von Christoph Kneier gehört habe, er auch. Das ist sichergestellt, dass zwei aus dem Büro in den nächsten vier Jahren auch wieder drin sitzen. Ich möchte beliebt machen, jetzt bereits eine Info für die nächste Woche, dass wir Tobias Schläpfer als Präsident wählen. Das wäre mir gedient, Christoph gedient und dem ganzen Wahlbüro. Er ist schon eine Zeit drin und er weiss, wie es geht. Bitte nehmt nicht noch das, was am Schluss kommt. Ich möchte wärmstens empfehlen, diesen Vorschlag zu berücksichtigen.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

1. Einleitung

---

2. Bericht über den Besuch im Wahlbüro

3. Abläufe in der Verwaltung – Submissionswesen

4. Auftrag des Einwohnerratsbüro an die GPK

5. Fazit

6. Dank

7. Antrag

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zum Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen stellt die GPK folgenden Antrag:

1. Vom Rechenschaftsbericht der GPK wird Kenntnis genommen.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Vorhin haben wir von der Misere des nicht abgeschlossenen Geschäfts der GPK gehört. Ich habe vorhin Ueli gefragt, ob das möglich ist. Ich bin beim Reglement des Einwohnerrates. Man könnte andenken, für dieses Geschäft eine nicht ständige Spezialkommission einzusetzen, Paragraph 24 Reglement. So könnten wir das Geschäft zum Abschluss bringen, auch über die nächste Legislatur hinaus. Wir könnten uns das für morgen überlegen.

01.030      Einwohnerrat

**Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2016, sowie der Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 02.05.2016, betreffend Reglement über die Berechnung der massgeblichen Einkommen für einkommensabhängige Gemeindebeiträge der Gemeinde Allschwil, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4278 / A

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Aus der ersten Lesung dieses Reglements wurden aus meiner Sicht drei Anträge gutgeheissen. Der Gemeinderat stellt keinen Gegenantrag. Ich gehe davon aus, weil ich auch im Vorfeld nichts gehört habe bezüglich neue Anträge, dass wir das neue Reglement relativ schnell behandeln können.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Gibt es neue Aspekte oder Diskussionsbeiträge? Das ist nicht der Fall.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

§ 1 Zweck

§ 2 Geltungsbereich

§ 3 Massgebendes Einkommen bei Unselbständig- und Nichterwerbstätigen

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage zu Paragraph 3e. CHF 8000 jedes Kind, für welches bei der Staatssteuer ein Kinderabzug gewährt wird. Kann man mir erläutern, wie man auf die CHF 8000 kommt? Ist das willkürlich oder hat das eine Grundlage?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich gebe Jo Hammel das Wort, damit er das ganz genau erklären kann.

**Joseph Hammel**, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern: Die Grundlage vom massgebenden Einkommen ist die Krankenkassen-Prämienverbilligung. Dort ist der Abzug pro Kind CHF 5000. Wir haben das mit den Schwellenwerten im Bereich der Sozialhilfe für ein zusätzliches Kind abgeglichen und haben festgestellt, dass CHF 5000 zu wenig sind. So sind wir auf knapp CHF 8000 gekommen.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte den Antrag stellen, dass wir diesen Wert auf CHF 7000 hinuntersetzen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir haben eine zweite Lesung und ich möchte alles schriftlich.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/Grüne-Fraktion: Dann ziehe ich den Antrag zurück.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

§ 4 Massgebendes Einkommen bei Selbständigerwerbenden und Anteilshabern mit massgeblichem Einfluss

§ 5 Steuerperiode

§ 6 Änderung der Familien

§ 7 Beitragsperiode

§ 8 Subventionsschlüssel

§ 9 Härtefälle

§ 10 Übergangsbestimmungen

§ 11 Inkrafttreten

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Reglement über die Berechnung der massgeblichen Einkommen für einkommensabhängige Gemeindebeiträge der Gemeinde Allschwil wird beschlossen.

**://:**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Der Beschluss ist zu publizieren und unterliegt dem fakultativen Referendum.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Wie ich anfangs erwähnt habe, werden wir jetzt die Sitzung schliessen. Wir haben ein bisschen früher Feierabend, die Sonne scheint, wir müssen das geniessen. Ich wünsche Ihnen einen ganz schönen Abend.

### **ENDE Sitzung vom 14. Juni**

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich weiss, dass der Matsch gegen die Schweiz angefangen hat. Jedes Mal, wenn ich ein Resultat höre, gebe ich dies sofort durch, das habe ich gestern versprochen.

### **[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

Heute ist die Sitzung, die an gestern anknüpft, somit müssen wir nicht über die Traktandenliste diskutieren. Wir kommen zu Traktandum 5.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2016, sowie der Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 02.05.2016, betreffend Familienergänzende Kinderbetreuung FEB, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4279 / A

---

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ich möchte Sie aus dem Gemeinderat wie folgt zu diesem Geschäft informieren. Heute Nachmittag wurde eine Petition eingereicht. Die rund 400 Petenten fordern keine Subventionskürzungen bei der familienexternen Betreuung. Insbesondere monieren sie, dass im Kindergartenalter, wo CHF 8 vorgesehen sind als maximale Subvention, dies nicht reicht. Dort findet eine Kürzung von CHF 11.60 statt auf neu CHF 8. Sie beklagen sich, dass dieser Betrag zu tief sei. Ich habe diesem Petitionskomitee versprochen, dass ich ihnen dies anfangs Sitzung mitteilen werde.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Sie wissen, heute steht die zweite Lesung des Reglements über die familienexterne Kinderbetreuung, FEB-Reglement, an. Aus Sicht des Gemeinderates gibt es aufgrund der ersten Lesung bei drei Paragraphen Diskussionspunkte. Ich werde mich deshalb jetzt sehr kurz fassen und mich dann bei den einzelnen Paragraphen zu Wort melden.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich habe verschiedene Anträge erhalten. Die allgemeine Beratung ist eröffnet.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe nach wie vor grundsätzlich Vorbehalte und diese möchte ich formulieren. Ich wiederhole mich nicht zum letzten Mal. Ich habe drei Vorbehalte. Der erste Vorbehalt hat mit der Situation zu tun, dass wir eine laufende Untersuchung haben wegen der Probleme bei der Tagesbetreuung. Ich finde es komisch, um nicht zu sagen dumm, dass wir jetzt Entscheidungen treffen, ohne dass wir die Probleme analysiert haben. Das ist nur ein Teil von meinem Frust über den Bericht der GPK, der noch nicht vorliegt. Der zweite Grund ist, dass wir drohen, eine ähnliche Situation zu wiederholen, welche zu den Problemen geführt hat. Zu den Problemen hat geführt, dass wir keine umfassend geklärte Grundlage hatten. Es gab verschiedene Orientierungen. Das muss zu Problemen führen. Und wir sollten auch nicht wiederholen, wenn man merkt, dass etwas nicht aufgeht und nicht umfassend gut geklärt ist. Dann sollte man Stopp sagen und nicht einfach weitermachen. Der dritte Grund, weshalb ich grundsätzlich Vorbehalte zu diesem Geschäft habe. Ich finde es nicht günstig, dass diejenigen, die vom Reglement betroffen sind, bei der Entwicklung nicht einbezogen wurden. Das ist ein

---

---

erheblicher Kommunikationsmangel. Ich sage sonst nichts, ich stelle keinen Antrag. Ich möchte meine Verantwortung wahrnehmen und auf den ungünstigen Stand hinweisen. Ich stelle den Antrag nicht mehr. Ich habe von der SP gelernt, dass man Anträge mit Erfolglosigkeit nicht mehr stellen soll. Trotzdem habe ich meine Vorbehalte und wollte diese deutlich und am Anfang sagen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Auch ich habe ein paar Grundsatzprobleme oder Gedanken zu diesem Geschäft. Ich habe es in der Kommission damals gesagt. Weshalb diese Eile? Es sind so viele Fragen offen zum Ganzen. Wir haben diverse Anträge gestellt, Interpellationen an den Gemeinderat gemacht. Der Gemeinderat wäre parat gewesen dies zu beantworten, ansonsten hätte er letztes Mal gesagt, dass es nicht geht. Aus dieser Haltung gehe ich davon aus, dass sie parat gewesen wären, unsere Fragen, die wichtig sind für dieses Geschäft, zu beantworten. Es ist wichtig für uns alle, dass es möglichst eine klare Sache gibt, dies unter Dach und Fach zu bringen. Die Stossrichtung war auch klar, aber das Volk hat mit 3 zu 1 gesagt in der Abstimmung im November, dass sie nicht den Weg gehen möchten, den ein Partei unbedingt gehen wollte. Wir haben ein Tagesheim, das 50 Jahre gut funktioniert hat. Aufgebaut wurde es zusammen mit der Politik und dem Gewerbe, immer wieder auch mit Begleitung durch Gemeinderäte. Es wurde erfolgreich gearbeitet. Wir haben Tageseltern seit glaub 23 Jahren, die haben erfolgreich gearbeitet. Die Fireko hat immer sehr gute Berichte geben können, alles lief bestens, bis zu uns. Wir hatten letztes Mal eine Übergangslösung bis im September, damit kein Loch besteht. Es kam die interessante Idee an Ueli Keller, dass er einen Vorstoss machen soll, die Übergangslösung bis Ende Jahr zu machen. Im Budget wäre es drin. Wir hätten Zeit, um gute Lösungen zu finden bis Ende Jahr für unsere Tagesheime und für die Tageseltern, die vielleicht nochmals 50 oder 23 Jahre halten. Ich appelliere, nicht zu pressieren. Von mir aus kann man es sistieren, die Antworten abwarten, die der Gemeinderat parat hatte, davon gehe ich einfach aus. Es geht nicht darum, jetzt schnell etwas zu machen, Stichwort Subjektfinanzierung versus Objektfinanzierung oder Subjektfinanzierung gegen Personenfreizügigkeit. Unsere Tagesheime und unsere Tageseltern sind in Allschwil sehr wichtig. Ich bitte Sie gut zu überlegen, was wir jetzt deponieren für die Zukunft. Müssen wir so pressieren und ohne Antworten des Gemeinderates, wie es weitergeht mit unseren Tagesheimen und Tageseltern, jetzt bereits die Zukunft planen? Ich appelliere auf einen langsamen Weg.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

§ 1 Zweck

§ 2 Betreuungssituation

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Hier haben wir mehrere Anträge.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wir haben unseren Antrag zu Paragraph 2 bereits schriftlich eingereicht. Ich gehe davon aus, dass er allen vorliegt. Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass man im Reglement schreiben soll, dass es Tagesheime mit Betreuungsort in Allschwil sein müssen. Die Gemeinde Allschwil soll nur die subventionieren. Wir beantragen, dass man Absatz 2 von Paragraph 2 so abgeändert wird: „sowohl für den Frühbereich als auch für den Primarschulbereich muss sich der Betreuungsort in Allschwil befinden“. Da wir dann nicht mehr unterscheiden zwischen Frühbereich und Primarschulbereich braucht es keinen Absatz 3 mehr. Der Absatz 4 könnte somit zu Absatz 3 werden.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Wir haben zum selben Absatz auch eine Idee eingegeben. Wir möchten es erweitern auf Region Baselland, Basel-Stadt, Dorneck, Thierstein und Fricktal. Weshalb? Auch in der Reglementscommission haben wir darüber diskutiert, wie gross dieser Bogen sinnvoll ist. Wir haben einen Wirtschaftsort Region um Basel. Es gibt viele Leute, die arbeiten in Arlesheim, in Muttenz oder weiter weg. Roche und Novartis sind überall zuhause. Die Eltern finden in der Nähe einen Platz für ihre Kinder. Irgendwann hört es auf mit dem Urlaub für Mütter. Viele gehen wieder arbeiten, die Ausbildung haben sie und wir warten auf ihre Mithilfe in der Wirtschaft. Es ist sehr wichtig, dass das Kind bei der Betreuung relativ nahe beim Arbeitsplatz ist. Ab dem dritten Monat nehmen Tagis Kinder auf. Gerade Mütter, die stillen, sind froh, wenn sie in der Pause oder über Mittag zum Beispiel das Kind bei sich haben können. Es geht nicht um Kindergarten oder älter, sondern es geht um die Kleinen. Wir appellieren den Bogen soweit zu machen wie unser Wirtschaftskreis ist. Baselland, Basel-Stadt, Dorneck, Thierstein und Fricktal.

---

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Auch die FDP hat zu diesem Gesetzesartikel einen Antrag verfasst. Wir haben die goldene Mitte getroffen. Wir meinen Fricktal und Thierstein sei zu weit gefasst und gehört nicht mehr zum weiteren Wirtschaftsraum von Allschwil. Wir möchten Baselland, Basel-Stadt und den Bezirk Dorneck drin haben. Ansonsten würden wir den Abschnitt 2 so belassen. Den Frühbereich und den Schulbereich unterscheiden wir auch weiterhin.

**Matthias Häuptli**, Reglementscommission: Ich möchte nochmals den Antrag der Kommission deponieren zu Paragraph 2. Allerdings nur zu Absatz 3. Für den Primarschulbereich muss sich der Betreuungsort in Allschwil oder am Schulort befinden. Weshalb am Schulort? Es gibt seltene Fälle, wo ein Kind nicht in Allschwil in die Schule geht. In diesen Fällen ist es sinnvoll, dass es dann auch beispielsweise den Mittagstisch oder sonst eine Betreuung am Schulort besuchen kann. Faktisch betrifft das wahrscheinlich in erster Linie Kinder, die in die Steiner-Schule gehen. Die gehen nicht in Allschwil in die Schule. Das kann auch Kinder betreffen, die in den subventionierten Bereich fallen. Die Steiner-Schule hat einen Tarif, der sozial ausgestaltet ist.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion ist klar gegen die Beschränkung auf Allschwil. Es wurde ausgeführt, das ist kinder- und familienfeindlich.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat, um es noch komplizierter zu machen, hält an seiner Formulierung, wie sie diese vor sich haben aus der ersten Lesung, fest. Für den Frühbereich gilt Kanton Baselland oder Basel-Stadt. Für den Primarschulbereich muss sich der Betreuungsort in Allschwil befinden. Die Formulierung von der Reglementscommission, dass sich der Betreuungsort am Schulort befinden kann, hätte finanzielle Konsequenzen, weil wir in der Gemeinde Allschwil die Schule bezahlen müssen, wo das Kind in die Schule gehen. Und nach dem neuen FEB-Reglement wäre das gar nicht mehr zulässig und somit toter Buchstabe, wenn wir das gutheissen würden. Ich bitte Sie, die Formulierung des Gemeinderates zu übernehmen, die liegt nämlich wirklich in der goldenen Mitte.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wir haben den Gemeinderat, der an seinem Antrag festhält, Anträge der SP, FDP, CVP und die Reglementscommission, die weiterhin an ihrem festhält. Also vier neue Anträge und ein bestehender.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich möchte noch ergänzend ausführen. Uns geht es nicht darum, dass wir familien- oder kinderfeindlich sein möchten. Uns geht es darum, inwieweit die Gemeinde Allschwil und somit auch der Steuerzahler von Allschwil Fremdbetreuungen finanzieren sollen, die sich nicht in Allschwil befinden. Wir halten darum an unserem Antrag fest. Falls am Antrag des Gemeinderates festgehalten wird, dann möchten wir beliebt machen, dass man den rechtlichen Sitz streichen soll. Es gibt Tagesheime, die sich in Allschwil befinden, aber den rechtlichen Sitz ausserhalb der Kantone Basel-Stadt und Baselland haben.

**Simon Maurer**, SP-Fraktion: Ich möchte bei Stephan Wolf anknüpfen wegen dem rechtlichen Sitz. Gibt es einen bestimmten Grund, weshalb der Gemeinderat dies so explizit geschrieben hat? Könnte man den auch herausnehmen und sich ausschliesslich auf den Betreuungsort festlegen?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich habe vorhin bereits mit dem Kopf genickt. Der Gemeinderat kann auf den rechtlichen Sitz verzichten. Die Idee, weshalb wir es reingenommen haben, war, dass wir hier Steuereinnahmen haben, wenn die Betreuungsinstitution den rechtlichen Sitz in Allschwil hat. Aber man darauf auch verzichten.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte darauf hinweisen, dass es noch komplizierter ist, als dies Florian Spiegel zusammengefasst hat. Der Gemeinderat hat nämlich gesplittet zwischen Frühbereich und Schulalter. Es gibt noch mehr Varianten.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich verstehe den Antrag der CVP nicht. Was ist der Sinn einer Subjektfinanzierung? Sie sagen, dass der Betreuungsort Allschwil bleiben soll. Wir orientieren dann die Subvention auf die Institution. Wir wollen aber die Finanzierung an das Kindeswohl hängen. Wenn es für das Kind und für die Familie am besten ist in der Nähe des Arbeitsortes zu sein, dann soll man das doch so machen. Was ist, wenn jemand alleinerziehend ist? Dann ist es nur gut und vielleicht auch besser, wenn das Kind in der Nähe des Arbeitsortes sein kann.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Im Namen unserer Fraktion empfehle ich den Antrag der SP zu unterstützen sowie den von der Reglementscommission bezüglich Absatz 3. Wie es Etienne Winter soeben richtig gesagt hat, haben wir eine Subjektfinanzierung. Wir subventionieren Allschwiler Eltern. Wir subventionieren nicht Allschwiler Institutionen. Wenn wir Allschwiler Eltern subventionieren für die Tagesbetreuung, dann macht es keinen Sinn, dass wir den Kreis derart einschränken, dass die Institution in Allschwil sein muss. Es geht auch nicht darum, dass die Institution von der Gemeinde her beaufsichtigt werden muss. Der Antrag der CVP macht keinen Sinn. Den Antrag der SP finden wir richtig, weil es nicht sinnvoll ist, auf den rechtlichen Sitz abzustellen. Der Gemeinderat hält daran auch nicht fest. Es gibt Institutionen, Tagis, die so organisiert sind, dass sie den Sitz irgendwo anders haben und hier ein Tagi führen. Das kann kein Kriterium sein. Zum Antrag der Reglementscommission, welche den Besuch am Schulort ermöglichen möchte. Da geht es nicht darum, dass man damit die Schule subventioniert. Es geht nur darum, dass man dem Kind, welches an einem anderen Ort in die Schule geht, nicht verwehrt, dass die Tagesbetreuung am Schulort sein darf. Das hat keine gravierenden finanzielle Konsequenzen für die Gemeinde. Das sind ganz wenige Fälle, aber für diese wenigen Fälle kann es bedeutsam sein. Wenn ein Kind aus einem Grund an einem anderen Ort in die Schule geht, dann geht es nicht darum, dass die Gemeinde die Schule bezahlen soll, sondern dass die Tagesbetreuung trotzdem subventioniert wird.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Die SVP vertritt klar die Meinung, dass es so, wie es momentan in der Vorlage drin ist, Basel-Stadt und Baselland im Frühbereich, logisch und sinnvoll ist. Wir können uns vorstellen, dass wir der Ausweitung aufs Dorneck zustimmen könnten. Thierstein und Fricktal geht uns zu weit. Dass die Fricktaler lieber Baselbieter wären, ist mir auch klar, das ist aber ein Vorstoss auf anderer Ebene. Beim Primarschulbereich sind wir klar der Meinung, dass man den Betreuungsort in Allschwil behalten soll. Wir als Partei und als Fraktion sehen den Schülerverkehr, den es hier gibt mit externen und privaten Schulen, als nicht gut an und wollen das nicht unterstützen. Bei Absatz 2 können wir uns vorstellen die FDP zu unterstützen. Bei Absatz 3 möchten wir klar bei der jetzigen Vorlage bleiben, wie sie vom Gemeinderat vorgeschlagen ist.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich möchte noch kurz etwas zum Antrag der Reglementscommission sagen. Wenn ein Kind ausserhalb von Allschwil in die Schule geht, dann wird es in der Regel eine Tagesschule sein, schon alleine wegen dem Schulweg. Und dann läuft es doch darauf hinaus, dass wir die Schule finanzieren und nicht die Betreuungsinstitution. Deshalb müsste man den Antrag der Reglementscommission auf jeden Fall zurückweisen.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Es ist richtig, dass man sich Gedanken macht, wenn man etwas Neues oder etwas Bestehendes ergänzt. Die Frage ist, wie viel Personen betrifft es denn schlussendlich. Wir reden eine Stunde lange oder vielleicht noch länger über den Fall, wenn zwei Kinder in Rheinfelden sind. Wir müssen uns immer fragen, ob das Verhältnismässigkeit ist oder wie es ins Gewicht fällt. Hier sind wir uns nicht einig. Wir separieren die Erbsli und am Schluss betrifft es vielleicht gar niemanden, weil zufällig in diesem Jahr niemand in Rheinfelden arbeitet und sein Kind dort betreuen lässt oder es betrifft zehn. Die Frage ist die der Verhältnismässigkeit. Überlegt euch das, wenn ihr solche Anträge stellt und Eingrenzungen macht. Wenn die Eingrenzungen nachher bestehen, dann haben wir ein grösseres Problem, als wenn wir es offenlassen und ein bis zwei Jahre schauen. Wir sprechen jetzt über Details, ohne dass wir uns Zeit lassen bis Ende Jahr, um dies sauber auseinanderzubringen und die Fragen alle auf einen Tisch zu legen, damit wir sagen können, mit diesen Zahlen und Prognosen können wir rechnen und mit diesem Budget. Dann kommt eine Steiner-Schule, das Fricktal und Dorneck, es ist alles einbezogen und wir können sonst noch schauen. Wenn wir jetzt beschliessen, dann machen wir vielleicht einen Fehler.

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Man kann das auch umgekehrt sagen und deshalb macht der Antrag der CVP Sinn. Wieso müssen wir Eventualitäten einbeziehen, die nicht Tatsache sind. Also machen wir doch ein Reglement von Sachen, die möglich sind. Die Frage von Andi Bammatter ist sehr gut, von welchen Zahlen reden wir. Wenn jemand die Zahlen weiss, dann wäre das erhellend. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass wir unsere Steuergelder für Allschwil ausgeben möchten und für Leute, die in Allschwil ihre Kinder betreuen lassen. Es heisst nicht, dass man nicht an anderen Orten betreuen lassen kann. Es geht darum, ob das Geld von Allschwil breit gestreut werden soll oder in Allschwil reinvestiert werden soll.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich bin in der VPK und wir hatten diverse Projekte, zum Beispiel ehemaliger Tennisplatz am Baselmattweg. Dort hat man uns wissenschaftlich vorgelegt, dass es heute den Trend gibt den Wohnort beim Arbeitsort zu haben. Der Trend ist deutlich so und nicht den Trend, hier zu wohnen und in Zürich zu arbeiten. Das ist heute eine Seltenheit. Das war die Aussage des Experten und ich nehme an, dass es stimmt. Ansonsten wurden wir wieder belogen, aber dafür kann ich dann nichts.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich hätte gerne die Wiederholung der Ausführungen von Nicole Nüssli von Frau Bieg, ich wäre froh, wenn Sie das nochmals wiederholen würden. Es ging darum, dass etwas möglich ist und etwas nicht, weil es festgelegt ist. Darüber müssen wir dann nicht mehr debattieren.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Die Thematik ist Absatz 3, wo von der Reglementscommission vorgeschlagen wird, dass sich für den Primarschulbereich der Betreuungsort am Schulort oder im Allschwil befinden muss. Für ein Kind im Primarschulbereich können die Eltern in Oberwil eine Tagesbetreuung haben. Nehmen wir mal an, dass das Kind drei Jahre alt ist und die Tagesmutter in Oberwil ist, wo es betreut wird, weil dort auch der Arbeitsort ist. Wenn das Kind fünf Jahre alt ist und in den Kindergarten kommt, dann kann man es immer noch dort lassen. Und dann stellt sich die Frage, wo das Kind in den Kindergarten geht. Bis anhin war es möglich, dass das Kind in Oberwil betreut wird und dann kann es auch in Oberwil in die Schule gehen. Wenn es nachher in Oberwil in die Schule geht, dann kommt der Antrag von Oberwil nach Allschwil: Liebe Allschwiler bezahlt uns die Schule. Und dann mussten wir bezahlen. Und das meine ich mit den finanziellen Konsequenzen. Frau Bieg hat mir gesagt, dass nach dem neuen FEB-Gesetz dies gar nicht mehr so möglich ist. und diese Konstellation ist nicht mehr zulässig. Das müsste jetzt Frau Bieg genauer erklären.

**Tanja Bieg**, Hauptabteilungsleiterin BEK: Nach dem neuen FEB-Gesetz ist es so, dass man das Kind im Schulalter nicht mehr in einem anderen Kanton betreuen lassen kann, wenn man eigene Tagesplätze anbietet. Das heisst, dass wir keine Schulkosten bezahlen müssen in anderen Kantonen, wenn wir eigene Plätze in Allschwil haben. Darum ist es hinfällig. Wir haben am Anfang gesagt, dass wir die Betreuung nicht an einem anderen Ort wollen, weil wir keine höheren Schulkosten bezahlen wollen. Das ist hinfällig mit dem neuen FEB-Gesetz, weil wir sowieso kein Schulgeld mehr an eine andere Gemeinde oder an einen anderen Kanton bezahlen, weil wir das nur müssen, wenn wir keine eigenen Betreuungsplätze in Allschwil anbieten können. Und die Plätze haben wir in Allschwil.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Unser Antrag hat nichts mit dem Schulalter zu tun. Wir haben geschrieben, Absatz 2, dass es um den Frühbereich geht. Das Kind kann mit der Mutter an den Platz, wo die Mutter arbeitet. Ich habe sogar vom Stillen gesprochen. Das muss klar getrennt werden. Es sind zwei Aspekte, Vorschulalter und Schulalter. Niemand diskutiert von uns, wenn wir bei uns Tagesstrukturen haben, dass die Kinder auf Olten oder irgendwo sonst Papi am Morgen begleiten, weil er ein tolles Auto hat, um zur Arbeit zu fahren. Ich bin sehr froh um das Votum von Herrn Zimmermann. Wenn es so ist, wie du das gesagt hast, dass man nur noch am Arbeitsplatz wohnen möchte, dann wäre dies da Argument, weshalb wir ELBA abgelehnt haben.

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Was ist mit den Kindern, die an einem anderen Ort in die Schule müssen, weil Allschwil kein eigenes Angebot hat? Es gibt Kinder, die in heilpädagogische Schulen müssen oder in die Minerva. Die müssen dahin und gehen nicht freiwillig. Was ist dann mit diesen Kindern?



**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: In diesem Bereich reden wir von der Sonderschulung und das ist eine kantonale Angelegenheit und wird über den Kanton finanziert. Das ist nicht dasselbe. Hier reden wir von den sogenannten normal Eingeschulten.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich hätte noch eine Frage an Frau Bieg. Wird es nicht mehr bezahlt, aber wenn jemand das möchte, dann kann das aus der eigenen Tasche weiterhin finanziert werden? Oder gibt es das gar nicht mehr?

**Tanja Bieg**, Hauptabteilungsleiterin BEK: Das habe ich mir auch überlegt. Grundsätzlich ist es so, dass die Gemeinde nicht mehr bezahlen muss. Ob die Familie, das sind immer wieder Diskussionen, auch bei den Grenzgängern, die ganzen Schulkosten selber bezahlen kann, ist mir unbekannt. Diese Antwort steht noch aus.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich habe eine Frage an das Büro und an die Rechtsabteilung. Sind jetzt alle Anträge, die aufliegen, den Aussagen von Frau Nüssli und Frau Bieg konform?

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich weiss, dass der Antrag von der Reglementscommission nicht konform ist. Dieser Antrag müsste zurückgezogen werden. Der Rest ist konform, aber ich wäre nicht traurig, wenn gewisse Anträge noch zurückgezogen würden.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte dem widersprechen. Ich bin froh, dass Frau Bieg genauer gesagt hat, was damit gemeint ist. Es geht um das umgekehrte. Nach dem FEB-Gesetz ist es entsprechend geändert, dass die Gemeinde den Schulbesuch an einem anderen Ort nicht mehr bezahlen muss, nur weil ein Kind an einem anderen Ort Tagesbetreuung hat. Aber bei diesem Antrag geht es nicht um das. Es geht um Kinder, welche den Schulbesuch aus einem Grund in einer anderen Gemeinde haben. Ob das etwas ist, was die Gemeinde bezahlt, weil es pädagogische Gründe hat, oder ob das eine Privatschule mit einem Sozialtarif ist. Über die anderen Privatschulen müssen wir nicht diskutieren, dort fällt das Klientel nicht unter diese Einkommensgrenze. Es geht um den Fall, wenn ein Kind an einem anderen Ort eingeschult ist. Dort wird die schulergänzende Tagesbetreuung bezahlt, wie wenn ein Kind in Allschwil eingeschult ist. Das ist FEB-Gesetz konform und ich sehe keinen Widerspruch.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: In Anbetracht dessen, dass die Präsidentin nicht traurig wäre, wenn einige Anträge zurückgezogen werden, schlagen wir ein kurzes Time-out vor, damit wir uns intern beraten können.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Das finde ich eine gute Idee und wir machen fünf Minuten Time-out.

#### TIME-OUT

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir fahren mit der Sitzung weiter.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Danke für das Time-out, wir haben das gebraucht. Wir haben heftig innerhalb der Fraktion diskutiert und wir ziehen unseren Antrag zurück.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Gibt es noch einen Antrag, der zurückgezogen wird? Das ist nicht der Fall.

**Rahel Balsiger Sonjic**, Reglementscommission: Als Präsidentin der Reglementscommission ziehen wir unsere Variante zurück.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Was ich jetzt sage, ist nicht zynisch und nicht süffisant gemeint. Es ist ein Beispiel für eine Diskussion, die hier geführt wird, welche erheblich praxisfern ist. Ich habe zwölf Jahre Erfahrung in diesem Geschäft. Zwei Punkte wurden überhaupt nicht berührt, sind aber quantitativ und qualitativ in diesem Bereich sehr relevant. Das Betreuungsbedürfnis der Kinder wechselt während der Schulzeit, weil die Eltern andere Arbeitsverhältnisse zum Beispiel haben. Das ist quantitativ und qualitativ sehr relevant. Ein anderes Problem, das wir in Basel hatten, ist extrem quantitativ und qualitativ relevant, nämlich dass die Eltern probieren mit dem Betreuungsplatz die Schule zu wechseln, konkret vom Kleinbasel auf das Bruderholz zu kommen. Das kann man sich auch in Allschwil nicht wegdenken. Das sind zwei Beispiele, ich könnte noch mehr Beispiele sagen, dass ich die Diskussion wichtig finde, aber relativ praxisfern.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich werde die Anfrage jetzt einander gegenüberstellen. Ich fange mit dem Antrag SP an zum Geschäft 4279, Paragraph 2 Absatz 2: Der Betreuungsort muss sich im Baselland, Basel-Stadt, Dorneck/Thierstein oder Fricktal befinden. Das ist der erste Antrag.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Nur kurz zur Klärung. Wir haben Absatz 2 vom alten Reglement ersetzen wollen, das heisst, es geht hier um die Vorschule und nicht um Primarschule, Mittelstufe.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Und dann komme ich zum Antrag der FDP, auch Geschäft 4279, Paragraph 2 Absatz 2: Für den Frühbereich müssen sich sowohl der rechtliche Sitz respektive Wohnsitz der Betreuungsinstitution wie auch der Betreuungsort in den Kantonen Baselland, Basel-Stadt oder im Bezirk Dorneck befinden.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeinderat: Diesem Antrag der FDP kann sich auch der Gemeinderat anschliessen.

**Philippe Hofmann**, CVP-Fraktion: Frage an die FDP. Kann man den rechtlichen Sitz herausnehmen, wie das vorhin angedacht wurde?

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ja, aus unserer Sicht kann man den rechtlichen Sitz herausnehmen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Darf ich vom Gemeinderat eine Begründen haben, weshalb dieser Antrag besser ist, der zwei Bezirke weniger drin hat oder kam das aus dem Bauch heraus?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Es gibt schon Momente, in denen ich aus dem Bauch heraus argumentiere, aber selten in der Einwohnerratssitzung. Der Gemeinderat hat sich das auch überlegt. Ursprünglich war er der Meinung, dass es familienfreundlich unterstützend reicht mit Baselland und Basel-Stadt. Selbstverständlich könnte man dies auch ein wenig ausweiten. Dorneck und vor allem das Thierstein sind dem Gemeinderat zu weit und das Fricktal auch. Deshalb können wir uns diesem Antrag anschliessen.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass dieser Antrag mit der Änderung bezüglich dem rechtlichen Sitz so nicht Sinn macht, wenn es um Institutionen geht. Jetzt heisst es: Für den Frühbereich müssen sich der Wohnsitz der Betreuungsinstitution..“ - die Betreuungsinstitution hat eher keinen Wohnsitz, sondern allenfalls einen rechtlichen Sitz „...wie auch der Betreuungsort in den Kantonen Baselland oder Basel-Stadt oder im Bezirk Dorneck befinden“. Das müsste die FDP nochmals überdenken. Ich meine, dass der Wohnsitz der Betreuungsinstitution auch rausgekippt werden muss. Der rechtliche Sitz bezieht sich wohl auf ein Tagi und der Wohnsitz bezieht

---

sich wohl auf Tagesmütter. Wenn der Betreuungsort in Allschwil oder im Kanton Basel-Stadt oder Baselland ist, dann ist das abgedeckt, was man will.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Wir reden hier von der Betreuung durch Tagesfamilien. Die haben einen Wohnsitz, die haben keinen rechtlichen Sitz. Deshalb heisst es hier Wohnsitz der Betreuungsinstitutionen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich glaube, wir diskutieren um etwas völlig Unnötiges. Die Idee ist, und das ist mein Vorschlag für die Formulierung: „Für den Frühbereich muss sich der Betreuungsort in den Kantonen Baselland oder Basel-Stadt oder im Bezirk Dorneck befinden“.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Nicole, ich habe eine Frage zur letzten Aussage. Es geht doch um beides, Tagesfamilien und Tagesstätten. Stimmt das?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Selbstverständlich geht es um beide.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Der Antrag wird umgeschrieben.

**Semra Wagner**, SP-Fraktion: Ich wollte zu Nicole Nüssli sagen. Was heisst „zu weit“? Ich habe 25 oder 20 Minuten mit dem Auto. Ich komme vom Laufental und bin an der Grenze zum Thierstein. Und im Fricktal ist man auch in einer halben Stunde und in Sissach auch.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Das Thierstein ist aber nicht Laufen, Thierstein ist eine andere Region. Das ist Breitenbach und hinter Breitenbach, das ist zu weit. Bis nach Breitenbach habe ich nicht nur 25 Minuten. Wenn man das schafft, dann hat man ein paar Mal eine Busse.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir stimmen ab und zwar über den Antrag der SP-Fraktion und den Antrag der FDP-Fraktion.

**:::**

Der Antrag der FDP obsiegt mit 18 gegen 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Ich frage den Gemeinderat an, ob der Gemeinderat seinen Antrag zurückzieht?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Das machen wir selbstverständlich.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Danke, dann wird das der Absatz 2 der FDP sein. Herr Häuptli, ich habe eine Anfrage zu Absatz 3. Nehmen Sie das zurück oder was ist mit Absatz 3?

**Matthias Häuptli**, Reglementscommission: Dieser Antrag der Reglementscommission wurde zurückgezogen.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

### § 3 Anspruchsvoraussetzungen auf Subventionen

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wir haben zu Absatz 3 einen Antrag. Dort geht es um die kumulative Erwerbstätigkeit der Erziehungsberechtigten, welche momentan bei 100% angesetzt sind. Wir haben in der Fraktion lange diskutiert über den Schlüssel und den Schlüssel der Klassen, ab wann die Subvention bezahlt werden soll. Es wurde diskutiert, ob wir auf CHF 100'000 runtergehen anstelle CHF 128'000. Wir

---

haben es dann bei den CHF 128'000 belassen. Wir würden es aber gerne ausweiten auf 120%. Und zwar ist das eine einfache mathematische Rechnung. Er arbeitet 100% und ist an fünf Tagen in der Woche weg. Die Frau oder der Mann, der den Zweitjob hat und einen Tag weg ist, dann wäre es nur ein Tag, wo beide nicht anwesend sind. Wir möchten beliebt machen, dass man für einen Tag eine Lösung findet, die nicht zwingend über eine Subvention gehen soll, sondern Familienintern oder anders. Auch wenn beide 60% arbeiten, dann ist es ein Tag pro Woche, wo beide nicht da sind, dann möchten wir, dass man selber dafür aufkommt. Erst ab dem zweiten Tag, wo sie den Dienst in Anspruch nehmen, soll subventioniert werden. So reichen wir diesen Vorstoss ein, nämlich mindestens 120%.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Darf ich dagegen halten. Aus meiner Erfahrung in der Pädagogik haben wir ganz viele solche Fälle, wo ein Kind ein oder zwei Tage Betreuung braucht. Der Normalfall heute ist, dass das Kind alleine zuhause ist. Es rennt um 12.00 Uhr in den Elco-Park und macht sich dort ein Zmittag und steht um Viertelnacheins wieder auf dem Pausenplatz. Das Kind ist jetzt im Mittagstisch im Quartiertreff mit dem Argument: Wenn ich zuhause bin muss ich die Küche putzen. Ich gebe das Geld dorthin. Es kommt sehr viel vor, dass die Kinder alleine sind. Ich fände es sehr gut, wenn die Eltern zum Beispiel mit Tageseltern ein Abkommen machen würden für einen Tag. Kinder brauchen Bezugspersonen, es geht um Kinder im Primarschulalter.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe im Auftrag des Bildungsraumes Nordwestschweiz eine Untersuchung machen lassen, Baselland war auch dabei. Der Betreuungsbedarf liegt bei durchschnittlich 2,2 Tagen. Die Flexibilisierung muss sein, die ist nicht mehr gewährleistet mit dem Minimum von 120%. Wir müssen nicht zwingend mehr Betreuungsanspruch stellen als die durchschnittlichen 2,2 Tage. Mir ist klar, dass es kein Kind gibt, das an 2,2 Tagen Betreuung hat, das ist ein Durchschnittswert. Wenn man das zu hoch setzt, dann ist das ungünstig mit der Mindestbeschäftigung. Bitte lehnen Sie das ab.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Dieser Antrag ist nicht durchgedacht. Er bezieht sich auf die Anspruchsberechtigung und nicht auf den Umfang, wie man nachher Subventionen bezieht. Wenn man 130% kumuliert arbeitet, dann hat man, weil der Antrag sich nur auf Paragraph 3 bezieht und nicht auf Paragraph 4, Anspruch auf 30% Subvention. Wenn man 120% arbeitet, dann wird 0% subventioniert. Das geht nicht auf. Es ist auch ungereimt, weil es sich nur auf Doppelverdiener bezieht. Man soll mir erklären, weshalb Doppelverdiener in der Lage sind, einen Tag pro Woche kostenneutral zu organisieren, die Alleinerziehenden aber nicht. Das geht in beiden Fällen nicht und macht keinen Sinn. Es ist eine Bestrafung von Doppelverdienern, welche am Schluss darauf hinaus läuft, dass man einen Anreiz setzen möchte, möglichst mit einem grossen Pensum dazu zu verdienen oder dass man es bleiben lässt. Solche Anreize möchten wir nicht setzen, deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Herr Häuptli hat bereits alles gesagt, was ich im Namen des Gemeinderates auch sagen wollte. Der Gemeinderat beantragt Ihnen Ablehnung des Antrags, auch wenn er zugegebenermassen finanziell lukrativer wäre für die Gemeinde. Aber er ist insgesamt sozial weniger verträglich als die vorliegende Lösung, die vom Gemeinderat ausgearbeitet wurde.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir stellen den Antrag der SVP dem Antrag des Gemeinderates gegenüber.

**://:**

Der Antrag des Gemeinderates obsiegt mit 25 gegen 9 Stimmen und 1 Enthaltung.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

#### § 4 Umfang der Anspruchsberechtigung

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Bei Paragraph 4 habe ich eine Ergänzung, welche sich aus der Diskussion bei der Reglementscommission ergeben hat. Wir haben dies letztes Mal bei der ersten Lesung vergessen oder es ist untergegangen. Es geht um die Abzüge pauschal der Stunden bei Kindergartenkindern und bei Primarschulkindern. Wir haben zusammen mit der Reglementscommission festgestellt, dass wir von Seiten Gemeinderat fälschlicherweise von Stunden ausgegangen sind.

Eigentlich ist eine Schulstunde nicht 60 Minuten sondern nur 45 Minuten. Das hat man neu ausgerechnet. Es müsste anstelle von 880 Stunden in Absatz 3 860 Stunden heissen und für Primarschulkinder anstelle von 1040 sind es 970. Diesen Antrag möchten wir noch einbringen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir stimmen über diesen Antrag Paragraph 4 Absatz 1 ab.

**://:**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

§ 5 Einschränkung der Anspruchsberechtigung

§ 6 Subventionsbeiträge

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir haben unseren Änderungsantrag recht früh rausgegeben, damit wir uns lange Diskussionen ersparen können. Wir haben noch das Argumentarium aufgeschrieben. Einerseits ist die Formulierung unpassend, das ist rot markiert. Sobald irgendwelche Änderungen vorkommen in der erwarteten Menge bei den budgetierten Subventionen oder bei den Vollkosten, ist der Gemeinderat verpflichtet diese anzupassen. Da würden wir dieselbe Formulierung übernehmen, wie das der Gemeinderat zuerst vorgeschlagen hat, dass sie die Kompetenz erhalten, dies zu tun, aber es ist kein müssen. Andererseits ist die Frage aufgekommen, was denn die erwarteten Mengen sind. Ist es die Anzahl Kinder? Falls ja, dann wäre das keine Menge, sondern eine Anzahl. Man könnte dies aber auch streichen, denn falls es die Anzahl Kinder wären, dann würde sich das in den Vollkosten spiegeln. Wenn man die budgetierten Subventionen auch dort reinnimmt, dann muss der Gemeinderat sich daran halten. Unser Antrag heisst: „Der Gemeinderat erhält die Kompetenz die maximalen Subventionsbeiträge jährlich auf den Schuljahreswechsel hin aufgrund der Entwicklungen der Vollkosten anzupassen“. Ueli Keller hat mich noch auf zwei Fehler hingewiesen, ein Orthographiefehler, nämlich ein Komma. Und dass wir „die maximalen“ herausnehmen sollen, weil wir nicht die maximalen anpassen sollen, sondern die ganze Skala. Man müsste also noch das Komma einfügen und „die maximalen“ streichen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass man diesen Antrag der SP-Fraktion ablehnen muss. Für den Gemeinderat ist nicht die Entwicklung der Vollkosten massgebend für die Überprüfung, ob die maximalen Subventionsbeiträge angepasst werden sollen. Das war eine Basis, die man erstmalig herangezogen hat, um die effektiven jetzigen maximalen Subventionsbeiträge zu errechnen. Das ist nicht die Idee, dass die jedes Jahr als Basis dienen sollen. Man weiss gar nicht, was die Vollkosten sind. Von welchen Vollkosten reden wir? Vollkosten der Tagesmütter oder der Tagesbetreuung in der Schulergänzung, also in unserer Tagesschule? Von welchen Vollkosten sprechen wir? Wichtig ist dem Gemeinderat, falls sich die Situation verändert, dass er die Möglichkeit hat, ob das jährlich ist oder nur bei Bedarf, die maximalen Subventionsbeiträge anzupassen, aber nicht anpassen an die Vollkosten.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Zum Begriff der Vollkosten. Das ist eine Berechnungsgrundlage, welche die Gemeinde herangezogen hat, um festzulegen, dass es die CHF 8 oder CHF 12 sein sollen. Wenn sich dies in absehbarer Zeit ändern sollte, dann wäre es richtig dies wieder anzuschauen. Der Antrag der SP ist aus einem anderen Grund abzulehnen. Sie will rausstreichen, dass wir die erwarteten Mengen und die budgetierten Subventionen berücksichtigen. Bei dieser Formulierung der erwarteten Mengen geht es nicht nur um die Anzahl Kindern, sondern auch um die Anzahl Betreuungstunden oder Pensen, wie die Kinder betreut werden. Was die Menge ist, ist eigentlich klar und nicht gross auslegungsbedürftig. Da sieht man gewisse Entwicklungen. Wir budgetieren Subventionen. Wenn wir diese Formulierung so nehmen, wie das die SP möchte, dann können wir zwar budgetieren, aber haben keinen Einfluss darauf, weil es gebundene Ausgaben sind. Wir führen jetzt Subjektfinanzierung ein, wo wir in gewissem Masse die Steuerungsmöglichkeiten, wie viel Subventionen fliessen, aufgeben. Es kann jeder ein Tagi aufmachen und jede Familie kann sich als Tagesfamilie betätigen. Wir haben null Einfluss darauf, wie viele Plätze angeboten werden. Bis jetzt hatten wir einen gewissen Einfluss im Bereich der Tagesheime. Das wird in Zukunft nicht mehr sein. Es braucht ein gewisses Korrektiv, damit man, wenn die Kosten aus dem Ruder laufen würden, eingreifen könnte, das ist die Formulierung im Reglement.

---

Wenn man sieht, dass es sich weit über dem Budget entwickelt, dann kann man eingreifen und die Subventionssätze anpassen. Darum empfehlen wir diesen Antrag abzulehnen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir widersprechen dem gar nicht, wir möchten auch, dass wir die Subventionen im Rahmen des Budgets einhalten. Der Antrag heisst, dass sie jährlich angepasst werden müssen. Der Gemeinderat passt die maximalen Subventionsbeiträge jährlich an. Sobald sich eine dieser Grössen ändert, muss der Gemeinderat dies anpassen. Das heisst, wir haben jedes Jahr andere Subventionshöhen. Eine Familie muss jedes Jahr mit anderen Tarifen rechnen. Das ist keine Kompetenz hier, sondern ein Auftrag. Ja, wir reduzieren es auf die Vollkosten. Uns war nicht klar, was genau die erwartete Menge ist. Vielleicht kann man das noch ausdeutschen, damit es klar ist, was es ist.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ob der Gemeinderatsantrag oder der SP-Antrag angenommen wird, bei beiden ist das Wort „maximal“ falsch. Maximal sind es CHF 8 und CHF 12. Es werden nicht nur diese beiden Beträge angepasst, sondern die ganze Klaviatur. Wenn man nur den Maximalbeitrag anpasst, dann ist das nicht richtig.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Es ist eine Tatsache, dass wir in Paragraph 6 Absatz 1 die maximalen Subventionsbeiträge definiert haben in Franken, CHF 8 und CHF 12. Klar ist hintendran im Anhang die Abstufung auch drin. Es geht darum, dass im Reglement die maximalen Subventionsbeiträge definiert und festgelegt werden. Alles andere ist entsprechend gegen unten fixiert oder ergibt sich. Es ist müssig hier drin über die ganze Abstufung zu diskutieren. Wir müssen schauen, was wir festhalten wollen und was der Gemeinderat verändern kann. So wie es jetzt von der Reglementscommission formuliert ist, ist es ein Auftrag und nicht die Möglichkeit nach Bedarf eine Anpassung vorzunehmen. Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr für die Eltern eine neue Basis schaffen. Es soll so gelten, bis es allfällige Veränderungen gibt, und dann soll der Gemeinderat die Möglichkeit haben anzupassen. Ich bitte die SP, dass sie den Teil mit den Vollkosten rausnehmen und dann könnte sich der Gemeinderat dem anschliessen. Ich meine, das wäre auch richtig und der Situation entsprechend.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Wir ziehen unseren Antrag zurück und unterstützen den vom Gemeinderat.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir stellen diese beiden Anträge, Gemeinderat gegen Reglementscommission, gegenüber.

**://**

Der Antrag des Gemeinderates obsiegt grossmehrheitlich.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

#### § 7 Abstufung der Subventionen nach Einkommen

**Jérôme Mollat**, GLP/BDP-Fraktion: Es gibt noch einen Antrag bezüglich Paragraph 6 Absatz 4. Das ist derselbe Antrag wie das letzte Mal. Es geht uns weiterhin um den Sockelbeitrag, den wir geltend machen möchten zulasten der Erziehungsberechtigten. Wir denken, dass dies sehr ausgewogen ist. Es geht darum, dass wir den Erziehungsberechtigten mindestens CHF 300 pro Kind und Monat anlasten analog zu Basel-Stadt. Wir denken, dass es ausgewogen ist. Weiterhin werden 90% der Beiträge durch Steuerzahler subventioniert. Auf der anderen Seite haben wir einen finanziellen Anreiz zu einem sparsamen Umgang mit den Betreuungsangeboten.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich habe wie üblich gewisses Verständnis für diesen Antrag. Diese Linie, die der Gemeinderat jetzt fährt, ist die richtige Linie. Es ist eine Tatsache, dass wir keine Subventionen bei den Mittagessen bezahlen. Damit ergibt sich dieser kleine Sockelbeitrag schon fast. Ich bitte Sie diesen Antrag abzulehnen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage, wenn wir jetzt von Subventionsberechtigten sprechen, die Ergänzungsleistungen oder Sozialleistungen erzielen. Können

---

Sie dann nicht diesen Sockelbeitrag bei der Gemeinde einreichen und dann bezahlt schlussendlich die Gemeinde?

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich habe gewisses Verständnis für den Antrag, aber aus meiner beruflichen Erfahrung weiss ich, dass es Familien gibt und Alleinerziehende, für die CHF 300 ein sehr hoher Betrag ist. Das ist nicht sozialverträglich.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Wir haben diesen Antrag in der FDP angeschaut. Wir sind der Meinung, dass das die Einkommensschwächsten trifft, die darauf angewiesen sind und für die CHF 300 ein grosser Betrag ist. Für Leute, die bei der Sozialhilfe sind, ist es so, dass es dann über die Sozialhilfe abgerechnet werden muss. Es ist sauberer, wenn wir klar den ganzen Betrag subventionieren, anstelle Querszahlungen zu machen.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Es wurde gesagt, dass wir im Bereich der Sozialhilfe seien. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir 100% Subventionierung haben bis zu einem massgeblichen Einkommen von CHF 57'000 plus den Kinderabzug, weil man mindestens ein Kind hat, wenn man überhaupt Betreuung beansprucht. Das massgebliche Einkommen fängt bei CHF 65'000 an. Bis zu diesem Betrag ist es zu 100% subventioniert. Da sind wir noch einiges über der Sozialhilfe-Grenze.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Wir sind wieder am Stückeln und Machen. Entweder passen wir den Tagesansatz an, wo ich gar nicht dafür bin. Aber nicht noch eine doppelte Hürde reinstellen und hier noch einen Sockel und dort eine Transferleistung. Es ist schlank und so soll es bleiben. Wie schon mehrere gesagt haben, ist es eine Bestrafung der unteren Einkommen und nicht der oberen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich bin noch eine Antwort schuldig an Florian Spiegel. Die Frage war bei allfälligen Sozialhilfebezügern, die einen Sockelbeitrag leisten müssten, ob dies auf die Gemeinde zurückkommt. Ich meine, dass dies wahrscheinlich so passieren würde.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine kleine Korrektur bei der Begründung des Antrags. Es ist nicht so, was in Bezug auf den Kanton Basel-Stadt gesagt wurde. Dieses Thema hat mir eine amtliche Verwarnung eingetragen. Im Kanton Basel-Stadt sind die unteren Einkommen angemessen berücksichtigt und werden nicht bestraft.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

**://:**

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

§ 8 Antrag auf Subventionen

§ 9 Abrechnung der Subventionen

§ 10 Härtefälle

§ 11 Rechtsmittel

§ 12 Untergeordnete Bestimmungen

§ 13 Übergeordnete Gesetzgebung

§ 14 Übergangsbestimmungen

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Hier hat der Gemeinderat einen Auftrag mitgenommen, nämlich eine Formulierung zu finden für die Übergangslösung. Diese Formulierung liegt vor, Sie können diese lesen. Ich bitte Sie dieser Formulierung und diesem Paragraph 14 Absatz 3 neu zuzustimmen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

**://:**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

§ 15 Inkrafttreten

Anhang 1

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zu den Anträgen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung FEB-Reglement inklusive Anhang wird beschlossen.

**://:**

Diesem Antrag wird mit 33 Ja und 2 Nein zugestimmt.

2. Der Einwohnerrat nimmt die Ausführungen zu den Änderungen der Verwaltungsorganisation respektive zur sofortigen Schaffung der Abteilung Familienergänzende Kinderbetreuung und der damit verbundenen teilweise Kostenverschiebung von Beiträgen an private Organisationen, 3636, in den Personalaufwand 3010 etc. in der Rechnung 2016 zustimmen zur Kenntnis.

**://:**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Der Beschluss gemäss Ziffer 1 ist zu publizieren und unterliegt dem fakultativen Referendum.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderates vom 27.04.2016, betreffend  
Gemeindeinitiative für eine faire Kompensation  
der EL-Entlastung (Fairness-Initiative)  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4282

---

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Sie haben die Vorlage gelesen, der Sachverhalt wird dort detailliert dargestellt. Ich fasse hier nur kurz die wichtigsten Punkte zusammen. Zur Ausgangslage. Mit der Einführung der Pflegefinanzierung im Jahr 2011 sind den Gemeinden zusätzlich zum Beitrag an die Ergänzungsleistung Beiträge zur Pflege von ihren Einwohnerinnen und Einwohnern im Pflegeheim auferlegt worden, die sogenannten Pflegenormkosten. Gemeinden haben neu die Differenz zwischen den effektiv anfallenden Kosten der Pflege und den Leistungen der Krankenkasse zu übernehmen. Die neuen Gemeindebeiträge haben zu einer Entlastung bzw. zu einem Rückgang der Ergänzungsleistungen geführt. Davon profitiert in erster Linie der Kanton, da dieser gemäss geltendem kantonalen Rechts den grössten Teil der Ergänzungsleistungen zu übernehmen hat. Das wurde auch vom Kanton erkannt und der Rückerstattungsanspruch hat sich als unbestritten erwiesen. Aufgrund der prekären finanziellen

---



---

Situation des Kantons hat der Regierungsrat im Sommer 2015 beschlossen, momentan auf eine Ausgleichszahlung zu verzichten. In einem sogenannten Letter of Intent hat der Regierungsrat am 5. November 2015 gegenüber den Gemeinden bei gegebener Gesundung der Kantonsfinanzen eine Kompensation in Aussicht gestellt. Somit ist eigentlich für beide Seiten festgestanden, dass der Kanton insgesamt den Gemeinden CHF 45'000'000 für Ausgleich für die kommunale Pflegefinanzierung in den Jahren 2011 bis 2015 zu leisten hat. Einzig der Zeitpunkt der Zahlung war noch offen. Am 28. Januar 2016 hat der Landrat jedoch folgendes beschlossen. Zur Kompensation der Ergänzungsleistungs-Entlastung des Kantons durch die kommunale Pflegefinanzierung in den Jahren 2011 bis 2015 leistet der Kanton den Einwohnergemeinden im Jahr 2015 einmalig und abschliessend CHF 15'000'000. Zum Ziel der Initiative. Die Gemeinde-Initiative bezweckt die Wiederherstellung der Fairness zwischen Kanton und Gemeinden. In Anbetracht der prekären finanziellen Situation des Kantons müssen die Zahlungen jedoch nicht unmittelbar, sondern bis 2020 erfolgen. Neben den monetären Forderungen bezweckt die Initiative, dass Vereinbarungen der Vertragspartner eingehalten werden, damit das Vertrauen in gemachte Zusicherungen wieder hergestellt werden kann. Aus diesen Gründen bittet Sie der Gemeinderat die Anträge gutzuheissen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin. Ist es bestritten auf das Geschäft einzutreten?

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin mir bewusst, dass das Geschäft heute Abend mit einer grossen Mehrheit gutgeheissen wird. Trotzdem möchte ich den Antrag stellen, nicht darauf einzutreten. Es ist eine leidige Geschichte mit der Pflegefinanzierung, das wissen alle. Ich habe Verständnis dafür, dass man aus Sicht der Gemeindebehörde über den Verlauf verärgert ist und versucht dies mit der Initiative zu regeln. Letztlich müssen wir sehen, dass wir hier drin alle Steuern zahlen, sowohl der Gemeinde als auch dem Kanton. Der Kanton hat einen Schlussstrich gezogen mit den CHF 15'000'000, weil die Kassen des Kantons leer sind. Mit dieser Gemeinde-Initiative versucht man etwas von einem leeren Sack in den nächsten leeren Sack zu schaufeln. Das macht keinen Sinn, das gibt ein ewiges Gestürm um die Beiträge an die Gemeinden, wenn die Gemeinde-Initiative gutgeheissen wird. Es wird auf dem Fuss folgen, dass man an einem anderen Ort dies einsparen wird. Das ist ein Leerlauf und deshalb sollte man diese Gemeinde-Initiative nicht unterstützen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich spreche kurz zum Eintreten. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man auf das Geschäft eintreten soll, ist nachher aber anderer Meinung bei der Abstimmung. Matthias Häuptli hat es vorhin angetönt, es geht bei uns in dieselbe Richtung. Ich habe die ganze Vorlage des Regierungsrates, die Vorlage des Landrates, den Bericht der Finanzkommission im Landrat und die Auszüge aus dem Protokoll des Regierungsrates gelesen. Nirgends habe ich eine verbindliche Zusage gelesen, dass wir dies fest so erhalten. Es wurde so angedacht, aber es stand nirgends. Ich habe mir überlegt, ob ich zuerst eine lange Abhandlung mache mit einer zeitlichen Auflistung, wann was beschlossen und gesagt wurde, oder ich mache es so einfach wie möglich. Und ich mache es jetzt so einfach wie möglich. Wenn wir dem nachher zustimmen, dann bedeutet das sinnbildlich nichts anderes, wie wenn unser Finanzminister Vogt ins Baselbiet reitet, das Kässeli von Toni Lauber stürmt und sich dort wie ein Raubritter verhält und die Kasse leer plündert. Und dann kommt er mit einem lahmen Esel und vollen Geldsäcken zurück nach Allschwil. Was passiert dann? König Toni Lauber hat es wahrscheinlich nicht gern, wenn man ihm Geld stibitzt, also füllt er seine Staatskasse auf andere Art wieder. Kurzfristig gesehen wäre es für Allschwil sicher positiv, wenn wir dem zustimmen. Langfristig stimme ich den Überlegungen von Matthias Häuptli zu. Irgendwo wird der Kanton dieses Geld wieder holen müssen. Explizit ein Anrecht darauf habe ich in allen Unterlagen und Vorlagen nicht gefunden. Weil das Geschäft nicht so einfach ist, kann ich nachher auch grad noch zur Abstimmung sagen, nämlich dass die SVP-Fraktion in dieser letzten Abstimmung – wir machen etwas Neues, was wir in vier Jahren noch nie gemacht haben – Stimmfreigabe innerhalb der Fraktion geben wird. Ich kann sagen, dass ich klar gegen das Geschäft stimmen werde und hoffe, dass mir viele folgen werden.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich bin der Meinung, dass man unbedingt darauf eintreten soll und der Fairness-Initiative zustimmen soll. Wenn meine Kasse grad etwas blank ist, dann kann ich nicht einseitig sagen, dass ich keine Steuern mehr bezahle. Wie sich der Kanton hier verhält, ist es absolut nicht der Fairness dienend. Darum muss man mit der Fairness-Initiative nachhelfen, so wie das die meisten Gemeinden bereits gemacht haben.

---

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Matthias Häuptli hat schon Recht, wenn er von den Löchern redet. Aber es kann nicht sein, Franz Vogt hat es gesagt, ein Letter of Intent ist eine Abmachung, juristisch nicht verbindlich. Aber wenn wir auf diesen Ebenen miteinander kutschieren und sagen, wenn wir kein Geld haben, dann zahlen wir nicht mehr, dann kann das nicht sein. Im Landrat wurde das auch so diskutiert, ein Vorschlag der SP, dass man die CHF 30'000'000 als Schuldanerkennung nimmt und bei guten Verhältnissen zurückzahlt. Es geht um die Schuldanerkennung. Das wäre fair. Wenn man jetzt einfach sagt, dass man kein Geld hat und deswegen nicht zahlt, dann sagen wir von unten rauf auch, dass wir nichts mehr in den Finanzausgleich bezahlen. Wir bezahlen unser Schulhaus ab und bis das abbezahlt ist, bezahlen wir nichts mehr in den Finanzausgleich. So wird zurzeit diskutiert und darum ist es wichtig, dass man das vor das Volk bringt. Es ist wichtig, ein Letter of Intent, was einigermaßen ein Handschlag ist, gilt. Wenn man aus Finanzknappheit so Sachen ausblendet, dann kommen wir in ein ganz schiefes Licht in der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinde. Ich bin zurzeit in beiden Parlamenten vertreten. Es geht nicht ums Löcher stopfen, sondern es geht um die Ehre zwischen Kanton und Gemeinde.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Was der Kanton macht, dem sage ich Buebe-Trickli-Politik. Das macht er aber nicht nur hier. Dazu muss man eindeutig nein sagen. Substantiell wegen den Löchern stopfen, stimme ich Matthias Häuptli zu.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion sind für das Eintreten. In der Sache sehen wir es so, dass es eine gültige Abmachung gibt zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Nur weil der Kanton jetzt bemerkt hat, dass er das Geld anders vielleicht besser brauchen könnte, um eine andere Abzahlung zu leisten, die Vereinbarung nicht mehr einhalten möchte, das geht so nicht. Auch die Gemeinden sind nicht auf Rosen gebettet und müssen schauen, wie sie finanziell durchkommen. Natürlich wird es so sein, dass der Kanton an einem anderen Ort eine Einsparung suchen wird. Wir dürfen nicht vergessen, wenn wir das vom Kanton so akzeptieren, dann kommt ein nächstes Geschäft, wo der Kanton nach der Vereinbarung bemerkt, dass er doch etwas anderes möchte und die Gemeinden sind dann egal. Die Gemeinden im Baselbiet sind auf den Kanton angewiesen und man muss sich auf ihn verlassen können. Bei diesem Geschäft probiert er zu zeigen, dass er kein verlässlicher Partner ist. Es geht auch in dieser Hinsicht darum ein Zeichen zu setzen.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich habe fast ein bisschen den Eindruck, dass die Landratsdiskussion ins Einwohnerratparlament verlegt wurde. Wir Parlamentarier schauen zuerst für die Gemeinde. Wenn der Kanton ein anderes Loch bei uns stopfen möchte, dann schauen wir dann weiter.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Zuerst interessiert es mich, ob es ein Papier gibt oder keines. Daten, Zahlen, Fakten. Bei der Situation des Finanzausgleichs haben wir ein Papier, welches wir gegenseitig unterschrieben haben. Das sind Zahlen, Daten, Fakten, und daran halten wir uns. Ich war nicht dabei beim Handschlag und hier drin war wahrscheinlich auch niemand dabei. Man kann viel reden. Ist es niedergeschrieben? Wir haben nichts gefunden. Wenn es etwas gibt, dann zeigt es und ich bin voll eurer Meinung. Vom Hören sagen – ein bisschen ketzerisch gesagt – lernt man lügen.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Die Absichtserklärung, der Letter of Intent, ist schriftlich. Ich habe ihn persönlich nicht erhalten. Die Gemeinden werden ihn haben. Ich gehe nicht davon aus, dass die Gemeinde-Initiative von namhaften Gemeindepräsidenten einfach so ohne Unterlagen entstanden ist. Es tut mir leid, dass ich ihn nicht persönlich bei mir habe. Die Absichtserklärung ist vorhanden und schriftlich, sie ist protokolliert. Es ist nicht so, dass nichts da ist. Es ist kein rechtsgültiges Papier, das ist richtig, es ist nicht unterschrieben, aber es ist eine Absichtserklärung. Wenn ich gerade am Mikrofon bin, dann wiederhole ich, was ich vorhin vergessen habe. Wir haben in den letzten Jahrzehnten CHF 180'000'000 Steuereinnahmen im Kanton reduziert durch verschiedene Gesetzesänderungen. Wir werden wahrscheinlich mit der Unternehmenssteuerreform 3 auch noch irgendwie weniger Steuereinnahmen haben. Der Kanton wird nicht in eine bessere Lage kommen. Das heisst nicht, dass er seinen Verpflichtungen nicht nachkommen soll.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich möchte zuerst überhaupt auf dieses Geschäft eintreten, bevor wir die langen Diskussionen führen.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Nach dieser Diskussion ziehen wir den Nichteintretensantrag zurück. Wir werden nachher dagegen stimmen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich kann das zu wenig beurteilen, ob das niedergeschrieben ist oder nicht. Mich interessiert das ehrlich gesagt nicht so sehr. Klar ist der Anspruch, das ist unbestritten, dass der Kanton eingespart hat auf Kosten der Gemeinden. Was wie niedergeschrieben haben, ist der Budgetbrief 2015, dort steht es ganz klar, das steht auch im Arbeitspapier: „Budgetieren Sie dies“. Wir haben eine Schriftlichkeit und wir haben das auch budgetiert im Budget 2015, diese Million, die unser Anteil wäre. Ich gehe mit Matthias Häuptli einig, dass Geld hin und her schieben nicht viel nützt. Mich stört auch, wenn man Kanton und Gemeinden gegenseitig ausspielt. Von diesem Spiel müssen wir jetzt definitiv wegkommen. Aber es ist halt dennoch so, dass bei den Gemeinden das Geld auch nicht auf den Haufen liegt und dass es zugesagt wurde. Es ist eine schwache Argumentation, dass man aus Sparbemühungen einen Schritt zurücktritt. Was mich eigentlich noch mehr gestört hat als die Kompensation, die man einsparen wollte, ist, dass man die Pflegenormkosten erhöht hat. Der Kanton, der Landrat, hat dies entschieden. Dort bezahlt 100% die Gemeinde. Ein weitere Punkt ist bei der Aufteilung von IV und AHV, wo unbestritten ist, dass dort der Kanton einen fixen Ausgleichsbetrag bezahlt von CHF 14'300'000. Dieser wird der Demographie nicht angepasst, sondern der ist fix auf die nächsten Jahre. Es ist völlig klar, die finanzielle Last des Alters steigt und für die Gemeinden wird das ein schwieriger Fall werden. Das ist ein wichtiger Punkt, wir haben es gestern beim Budget gesehen, dass vor allem die gebundenen Ausgaben in der Gesundheit steigen. Ein grosser Teil ist auf das Alter zurückzuführen und das wird in den nächsten Jahren nicht anders sein. Es ist fair, wenn man die Gemeinden dafür entschädigt. Der Gemeinderat hat darum auch entschieden, dass wir die Gemeinde-Initiative unterstützen und ich bitte Sie zuzustimmen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Jetzt frage ich nochmals nach. Können Sie das hinlegen? Wenn ihr meine Stimme möchtet und das Vertrauen, dann legt mir das Papier hin. Dann stehe ich dahinter und sonst nicht. Es ist eure Bemühung, ihr wollt etwas von uns. Das ist eine Sache der Vorbereitung, dass man das mitbringt und hinlegt. Dann kann man dazu ja sagen. Ansonsten habe ich Mühe damit.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Meinst du den Budgetbrief?

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Nein, ich meine den Letter of Intent, wo die Absicht drin steht. Der wurde anscheinend von Toni Lauber geschrieben.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Den Letter of Intent gibt es, den habe ich selber auch nicht gesehen. Da fragen wir die Herren Landräte. Vielleicht haben sie noch etwas im Gedächtnis, es gäbe auch Internet. Ich habe hier keine Verbindung ins Internet. Es dürfte nicht wahnsinnig schwierig sein, diesen zu suchen. Es ist ein klarer Fall, den gibt es und den Budgetbrief haben wir auch. Dort steht drin, dass wir das budgetieren sollen. Für mich ist das nicht entscheidend. Für mich ist der Fall klar, der Kanton hat eingespart auf Kosten der Gemeinden. Und wir fordern nichts anderes als dass man mit uns fair umgeht.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte nicht die ganze Diskussion im Landrat hier wiederholen. Zur ganzen Vorgeschichte zur Klärung. Die Pflegefinanzierung, die Aufgabenverschiebung bzw. die Finanzierungsverschiebung der Aufteilung der EL-Kosten, war eine Vorlage aus dem Jahr 2010. Dort hat man erkannt, dass dies finanzielle Auswirkungen haben wird und die Kosten zur Gemeinde verschiebt unter dem Strich. Man hat dann gesagt, dass man dies irgendwie kompensieren muss. Aber man wollte das nicht isoliert anschauen, sondern man wollte die ganze Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden anschauen und aushandeln, welche Kompensation dies ergibt. Dann hat der Kanton mit dem VBLG etwas ausgehandelt und dort war vorgesehen, dass man 2015/2016 insgesamt CHF 30'000'000 leistet. Nachher hat man bemerkt, dass die Kantonsfinanzen noch schlechter sind als gedacht und ist dann wieder zurückgekrebst. Die Geschichte vom Zurückkrebsen ist sehr unschön und ist unbestritten, das bestreitet eigentlich niemand. Jetzt haben wir die Situation, dass die Einnahmen bei der Gemeinde 2015/2016 zu budgetieren waren. Auf Seite Gemeinden ist das Ganze mehr oder weniger

---

gelaufen, man musste sich bereits damit arrangieren, dass das Geld nicht kommt. Wenn der Kanton auf der anderen Seite die Schuldanererkennung abgegeben hätte, wie das die SP im Landrat vorgeschlagen hat, dann wäre es entsprechend in der Rechnung erfolgswirksam und löst ein Defizit aus. Es spielt keine Rolle, ob das Geld fliesst oder nicht. Der Unterschied wäre gewesen, dass die Schuldanererkennung abgegeben worden wäre, ohne das Geld auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Das Problem des Kantons ist nicht, dass er kein Geld auf dem Kapitalmarkt aufnehmen kann, sondern sein Defizit. Das ist auch der Grund, weshalb der Landrat es abgelehnt hat, dies als Schuldanererkennung ins Gesetz aufzunehmen. Wir haben hier eine Altlast, über die man streiten kann, wer daran schuld ist. Auf Seiten Kanton ist es sehr ungeschickt gelaufen, weil man die Versprechungen gemacht hat und nachher nicht eingehalten hat. Rechtlich verbindlich ist nichts, politisch ist es höchst unschön. Es ist eine Geschichte, die man auf der finanziellen Seite anschauen muss und nicht mit moralischen Massstäben messen sollte. Darum sind wir dafür die Initiative abzulehnen.

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: Ich weiss nicht, was diese Diskussion soll. Haben wir das Geld zugute oder nicht? Punkt. Wir sind Vertreter der Gemeinde Allschwil, alle, die hier drin sitzen. Wir wurden gewählt, dass wir diese Gemeinde vertreten. Wir haben diese Million zugute und dann müssen wir dem Ganzen zustimmen. Früher hat man einem eine Ohrfeige gegeben, der das Wort nicht gehalten hat, und heute muss man andere Formen suchen. Ich bitte Sie, die Diskussion abzuberechnen und zuzustimmen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich kann auch nur staunen über das viele Verständnis über die Ungeschicktheit und den Wortbruch des Kantons. Es ist Tatsache, dass wir das Gemeindeparlament von Allschwil sind und die Interessen der Gemeinde Allschwil vertreten müssen. Es kann keine Frage sein, dass wir der Fairness-Initiative zustimmen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich lasse mich nicht mehr über den Tisch ziehen. Ich bin Gemeindevertreter und ich habe ein Anrecht dies einzusehen. Wenn ihr mir das nicht hinlegt, dann habe ich Mühe dem zuzustimmen, wo einfach nur kommuniziert wird und nicht belegt ist. Wenn es da ist, dann würde es auf dem Visualizer liegen und wir könnten dazu ja sagen. Ich stimme nicht mehr der Katze im Sack zu.

**Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich wohne in Allschwil Baselland, Ob ich politische Fehlleistungen in Allschwil bezahle oder im Kanton Baselland spielt null Rolle. Eigentlich ist es egal. Was nicht egal ist, und darum bin ich aus taktischen Gründen für ein nein, dass Geld hin und her schieben keine Probleme löst. Das ist ein Ablenkungsmanöver. Aus taktischen Gründen sage ich hier nein, das nützt nichts.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich stelle Antrag auf Diskussionsabbruch.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt. Wir machen die Rednerliste noch fertig.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Der Letter of Intent ist auf dem Internet, aber wir haben hier die Möglichkeit nicht dies anzuschauen. Es ist nicht unsere Aufgabe, Sachen des Kantons hier drin zu haben. Da müssen wir auch sauber bleiben, wir sind im Parlament des Einwohnerrates. Wie gesagt, uns interessiert dieser Letter of Intent relativ wenig. Die Fakten sind klar, der Kanton hat auf Kosten der Gemeinden gespart. Wir fordern nichts anderes als Fairness.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Ziele

3. Initiativtext

4. Termine

5. Rückzug

6. Antrag

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat beschliesst, die mit nachfolgendem Wortlaut formulierte Gemeindeinitiative, für eine faire Kompensation der EL-Entlastung (Fairness-Initiative) zu unterzeichnen:

§ 15c des Finanzausgleichs-Gesetzes vom 25. Juni 2009 (SGS 185) ist mit einem Abs. 1bis wie folgt zu ergänzen:

Leistungen des Kantons, Ergänzungsleistungen  
1bis Zur Kompensation der EL-Entlastung des Kantons durch die kommunale Pflegefinanzierung in den Jahren 2011 – 2015 erstattet der Kanton den Einwohnergemeinden bis Ende des Jahres 2020 insgesamt CHF 45 Mio. An diesen Betrag wird die Zahlung von CHF 15 Mio. gemäss Beschluss des Landrats vom 28. Januar 2016 angerechnet.

**://**

Diesem Antrag wird mit 28 Ja gegen 8 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Initiative notwendigenfalls zurückzuziehen.

**://**

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

**://**

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Wenn man das Protokoll liest, dann sieht man, dass ein Ratsmitglied, in diesem Fall Herr Zimmermann, etwas sehen wollte. Dafür habe ich grundsätzlich Verständnis. Wenn aber nicht mindestens fünf Personen beantragen, dass man den Brief in Liestal mit dem Polizeiauto holen geht, dann wäre die Diskussion, die wir hier gehalten haben, nicht so lange gegangen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Dazu möchte ich auch etwas sagen. Für einen gut vorbereiteten Gemeinderat gehört es dazu, das Beweismittel hier rein zu bringen und vorzulegen. Ich wünsche mir für die nächsten vier Jahre, dass dies zukünftig stattfindet. Zahlen, Daten, Fakten. Das ist in so einer Situation notwendig.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich möchte zuerst Anita und Hugo ein grosses Dankeschön aussprechen. Sie verlassen uns nach 15 Jahren. Ich selber bin wirklich glücklich, dass du Hugo mich immer schön begleitet hast, mich unterstützt und zum Lachen gebracht hast. Anita hat immer geschaut, dass in der Pause mein Kaffee parat war. Danke vielmals für eure Unterstützung. Ich bitte euch mit grossem Applaus nach vorne.

Ich habe noch andere Verabschiedungen. Wir sind am Legislativende. Wir haben Einwohnerräte, die nicht mehr bei uns dabei sind, die möchte ich gerne namentlich erwähnen. Verabschieden tun wir uns von Willi Rütli, Mario Elser, Roland Naef, Jacqueline Misslin, Stephan Wolf, Kurt Kneier, Elena Elser, Daniela Werren, Bruno Gadola, Armin Bieri und Tobias Schläpfer. Ich danke euch für die Zeit und das Jahr, in dem ihr mich unterstützt habt. Ich möchte, dass sie auch einen grossen Applaus erhalten. Wir haben zwei Gemeinderäte, die uns auch verlassen. Ich habe gehört, dass sie ein bisschen mehr Zeit möchten für den Garten und den Ausgang und mehr Zeit, um ihr Leben zu geniessen. Franziska Pausa und Arnold Julier herzlichen Dank.

---

Und jetzt noch ein paar Worte von mir. Mein Jahr als Einwohnerratspräsidentin ist vorbei. Das war meine letzte Sitzung, die ich geleitet habe. Ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Es ist manchmal gemein, man wäre jetzt voll drin und könnte weiter machen, nicht so wie am Anfang, wo man total nervös ist. Ich hatte ein tolles Jahr und habe viel Unterstützung erhalten. Ich hatte auch ein Jahr, von dem man sagen kann, dass es ein Reglementsjahr war. Ich habe nach manchen Sitzungen fast Alpträume gehabt, welche Anträge ich wo gegenüberstellen muss. Ich bin euch dankbar, dass ihr heute ein paar zurückgezogen habt. Auch das haben wir zusammen gut gemeistert. Man lernt sehr gut die Verwaltung kennen. Die tollen Mitarbeiter, die dort arbeiten. Ich habe von jedem Mitarbeiter volle Unterstützung erhalten, wenn ich Fragen hatte oder Hilfe gebraucht habe. Dafür möchte ich der ganzen Verwaltung und allen Mitarbeitern sehr herzlich danken. Die grösste Hilfe für die Einwohnerratspräsidentin ist Nicole Müller. Sie unterstützt, wo sie nur kann, auch für sie war das Jahr nicht nur einfach. Danke, liebe Nicole, für alle Unterstützung.

Es gab auch sehr schwierige Zeiten, ich denke an die letzten Monate, wo unsere Gemeinde durch die Presse gewalzt wurde. Man kann feststellen, wie stark eine Presse Geschirr verschlagen kann in einer Verwaltung. Die ganze Situation in der Verwaltung für die Mitarbeiter, die Hauptabteilungsleiter und den Gemeindeverwalter ist keine einfache Sache. Da möchte ich mein grosses Bedauern aussprechen, dass Dieter Pfister unsere Gemeinde verlässt. Lieber Dieter, ich möchte dir danke sagen, dass du immer Zeit für mich hattest und mich immer unterstützt hast, auch wenn ich am Morgen um 08.00 Uhr angerufen habe, du hattest immer gute Worte für mich. Wir werden einen sehr guten Gemeindeverwalter verlieren. Ich wünsche dir auf diesem Weg alles Liebe für deine weitere Zukunft.

Mein letzter Dank geht an meine Kollegen im Büro. Merci Philippe, Merci Simon, Merci Markus, Merci Christoph. Es war ein tolles Jahr mit euch und ich wünsche euch im Büro noch viel Freude und Ausdauer. Danke für die tolle Zusammenarbeit, ich werde euch sicher vermissen, vor allem die Montage.

Und jetzt freue ich mich mit euch allen am 24. Juni den Abschluss zu feiern und einen tollen Abend haben und hoffe, dass das Wetter besser wird, damit wir keine Schwimmlügeli anziehen müssen. Danke an alle für die tolle Unterstützung.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Auch wenn es üblich ist, dass man sich erst am Abschlussabend bei der Einwohnerratspräsidentin bedankt, möchten wir von der Fraktion uns herzlich bei dir bedanken, dafür dass du uns ein Jahr lange da oben würdig und engagiert vertreten hast. Aus diesem Grund möchten wir dir heute den Blumenstrauss überreichen. Die restlichen lobenden Worte werden noch von mir folgen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich habe nächste Woche das Vergnügen etwas sagen zu dürfen als Jungspunt, ich riskiere es jetzt auch. Von der Fraktion her möchte ich euch danken für die tolle Arbeit, ich bin seit knapp einem Jahr dabei und ich habe den Plausch daran. Es gibt auch schwierige Momente, aber wir haben es auch gut untereinander. Ich habe vorhin grad die Liste gemacht, wer uns leider verlässt. Es sind gute Seelen, die wir verlieren. Leute, die ambitioniert mitgearbeitet haben, es ist schade, dass ihr geht. Ihr habt einen guten Job gemacht und dafür ein grosses Merci von unserer Seite. Ich danke auch dem Gemeinderat, der einmal im Monat hier sitzen darf und sich von uns die Leviten lesen lassen darf, was sie alles nicht so machen, wie wir das wünschen. Ich hoffe, ihr habt trotzdem den Plausch an eurem Job. Wir sind alle dankbar, dass ihr das für uns und für Allschwil macht. Ich danke auch der Verwaltung, ohne sie wäre das natürlich auch nicht möglich, für die Unterstützung. Ich danke dem Büro für die tolle Arbeit und Pascale, ich bin gestern auf dich zugekommen und habe gesagt, dass wir 1,5 Stunden haben und ob wir nicht grad durchziehen wollen. Ich verstehe jetzt wieso. Du hast das ganz toll gemacht und wir sagen Danke. Rahel, du hast vorher zu mir rüber gelächelt, ob die Rosen für dich sind. Ich kann dir versprechen, wenn du gehst, dann habe ich eine dabei. Aber bitte bleib noch ein bisschen bei uns. Wir haben von unserer Seite her drei langjährige Einwohnerräte und –rätinnen, Bruno, Daniela und Armin. Für euch haben wir eine Rose dabei und natürlich auch für Franziska ein paar mehr für die grosse Arbeit, die ihr geleistet habt. Danke an alle, wir sehen uns beim Essen, und in der nächsten Legislatur.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Mir wurde manchmal Methusalem gesagt. Familie Hugo und Anita, ich möchte euch gerne danke sagen. Seit ihr für den Einwohnerrat und für die Schule arbeitet, hatten wir einen guten Kontakt. Nicht nur hier drin, auch auf dem Pausenplatz. Jetzt ist für euch hier fertig. Fertig mit frustrierten Mikrofonen, mit knarrenden Lautsprechern, mit verirrtten Gläsern. Ihr habt jetzt Ruhe. Ich hoffe sehr, dass ihr zwei zuhause ein paar tolle Abende geniessen könnt. Heute hat die Schweiz gespielt, ich habe gehofft, dass sie gewinnen. Wenn wir Glück haben, dann haben sie noch fünf Abende zum Spielen. Ich habe euch fünf Päckli Whisky-Truffes für vor dem Fernseher. Geniesst sie zusammen und lasst euch nicht stören von der Politik und von knarrenden Mikrofonen. Danke für die tolle Zusammenarbeit in all diesen Jahren.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Dann kann ich jetzt die Sitzung schliessen.

**ENDE**